

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Beitragungs-
 Circular für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Verantwortlicher: Amt L. Nr. 1508.

Donnerstag, den 3. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Verantwortlicher: Amt L. Nr. 6121.

Industrieller Zollkrieg.

In die Stelle der fröhlichen Panthal-Bevollmächtigungsstimmung, mit der noch vor kurzem in der Zolltarifkommission die schutz-zöllnerische Mehrheit, unbelämmert um alle sachlichen Vorlesungen der Abgeordneten Vandert, Reichhaus und Brödel, eine Zollforderung der Regierungsvorlage nach der andern acceptierte, sind seit einigen Tagen heftige Wortgefechte getreten, die nicht nur, wie sonst, zwischen der zollschützigen Mehrheit und der Minderheit stattfinden, sondern in denen sich die Mitglieder der Schutzpartei gegenseitig der Vertretung der selbstschützigen Sonderinteressen beschuldigen. So lange es sich um solche industriellen Zölle handelte, die nur die Masse der Konsumenten oder solche kleingewerblichen Produzentengruppen belasteten, die kein politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen haben, hielt der Bevollmächtigte der Mehrheit selbst den sonderbarsten Zumutungen stand; aber inzwischen ist allmählich die Ver- ringerung in der Kommission bis zu Zollpositionen vorgeschritten, bei denen sich die Interessen annähernd gleich einflussreicher Industrie- kreise gegenüberliegen. Hier gilt es für die nationalen Wirtschaftspolitiker, im edlen Wettstreit der einen Industriebranche auf Kosten der andern Vorteile zu verschaffen; und dieses Vermögen um die wirtschaftliche Wohl- fahrt ihrer Schutzbeschlungen hat die Gemüter dermaßen in Wallung gebracht, daß selbst zwei so nah verwandte, gleichgestimmte Seelen wie Herr Schlumberger und Herr Wändersherber in elässisch-baywarischer Grobheit aneinander gerieten.

Den Anlaß zu diesen Scharmützeln bot die Beratung der Baum- wollgarn-Zölle, bei der wieder der alte Interessengegensatz zwischen Spinnerei- und Webereibesitzern hervortrat. Die Baumwollgarn- Spinnerei möchte natürlich die Garnzölle möglichst hoch an- gesetzt sehen, um die englisch-schweizerische Konkurrenz vom deutschen Garnmarkt auszuscheiden und sich nicht ihre Profite verringern zu lassen. Die Webereibesitzer dagegen möchten das Garn, das sie weiter verarbeiten lassen, recht billig kaufen, besonders soweit sie für den Export produzieren. Denn wenn auch auf dem Inlandsmarkt die Mehrproduktionskosten, die ihnen aus den künst- lich hochgehaltenen Garnpreisen erwachsen, durch hohe Gewerbeste- wieder ausgeglichen werden, so bleiben sie doch auf dem Auslandsmarkt gegen jene Staaten im Nachteil, die niedrige Garnpreise haben; und die deutsche Baumwollweberei arbeitet in ausgedehntem Maße für den Export. Wurden doch, z. B. in 1900, allein für 79,7 Millionen Mark dicke, gefärbte oder bedruckte Baumwoll- gewebe aller Art, für 11 Millionen Mark andre Gewebe, für 71 Millionen Mark Strumpfwaren, für 44 Millionen Mark Spitzen, Stidereien zc., für 22 Millionen Mark Posamentierwaren, für 6 Millionen Mark Rüll, für 5 Millionen Mark baumwollener Sammet zc. ausgeführt. Die Webereibesitzer verlangen also niedrige Garnzölle, besonders für die besseren, fast ausschließlich aus England und der Schweiz eingeführten Sorten, wenigstens aber für jene Baumwollgewebe, die sie exportieren und bei deren Herstellung fremdes Garn zur Verwendung gelangt, eine Rückvergütung des Garnzolls und zwar eine Rückvergütung, bei der auf den Identitäts- nachweis verzichtet wird.

Damit sind jedoch wieder die Spinnereibesitzer nicht zufrieden. Ihr Zweck ist, die fremde Konkurrenz fernzuhalten, um hohe Preise zu erzielen; sie sagen sich aber, daß, wenn der Zoll für verarbeitete fremde Garne bei der Ausfuhr der Webwaren zurückvergütet wird, die Webereien für ihre Exportartikel natürlich die besseren und billigeren Garne den deutschen Vorziehen werden; und ferner be- fürchten sie, daß die Rückvergütung allgemein auf den deutschen Garnmarkt einen Preisdruck ausüben werde.

Wie weit die durch diesen Kampf berührten Interessen reichen, erhellt daraus, daß nach der Zusammenstellung des „Deutschen Handelstages“ aus dem Kreise seiner Mitglieder allein zu den die Baumwollgarn-Zölle betreffenden Nummern 438—443 des neuen Zolltarif-Entwurfs nicht weniger als 30 Anträge von Handels- und Gewerbevereinen, sowie von industriellen und kaufmännischen Kor- porationen eingegangen sind: ein buntes Gemisch der kühnsten Widersprüche, dessen Zielsetzungen vornehmlich denen empfohlen werden kann, die meinen, wenn sogenannte sachverständige Korporationen sich für irgend eine Maßregel aussprechen, müßten sie von sach- lichen Gründen geleitet sein. Nicht nur sind die Urteile der Handelskammern, die Spinner- oder Webereinteressen vertreten, verschieden, auch die Argumentationen derselben Gruppe heben sich gegenseitig auf. Da behauptet die eine Handelskammer, die Fein- garnspinnerei hätte sich bisher in Deutschland nicht zu entwickeln ver- mocht, weil die Zölle für bessere Garne zu niedrig seien, folglich müßten sie erhöht werden. Eine andre erklärt, schon unter dem bis- herigen Zoll hätte sich die Feingarnspinnerei günstig entwickelt, damit diese Entwicklung aber noch günstiger werde, sei weitere Zollherabsetzung nötig. Eine dritte meint, die Webereispinnerei bedürfe keines Zolles, sie sei konkurrenzfähig, aber die Feinweberei sei schutzbedürftig. Eine vierte ist der Ansicht, die feineren Garne müßten ja doch aus England bezogen werden, also müßte gerade die Grobweberei ge- schützt werden.

Hast nirgends ein allgemeines, die Lage der Gesamtindustrie oder auch nur die Interessen der ganzen Branche berücksichtigendes Standpunkt; überall das Vorwiegen der eignen Lokal- und Eigen- interessen. Wer aus diesem Mangel kühnster Widersprüche Auskunft über die wirkliche Sachlage sucht, wird kaum etwas Brauchbares heimtragen. Auch in diesem Fall läßt sich ein Urteil nur aus der Zollgeschichte selbst und der Entwicklung der betreffenden Branche unter den verschiedenen Zollverhältnissen gewinnen.

Bis zum Jahre 1846 betrug im Gebiet des Zollvereins der Satz für rohes gewöhnliches Garn aller Nummern 6 Mk. für ge- färbtes sowie für drei- und mehrdrähtiges 24 Mk. pro Centner.

Unter diesem Zollsatz stellte sich nach der offiziellen Statistik die durchschnittliche deutsche Jahresproduktion während des Jahreslaufs 1841/45 auf 105 070 Doppelcentner. In 1846 wurde der Zoll für rohes Garn auf 9 Mk. erhöht — um die Garnspinnerei zu fördern. Der Erfolg war ein recht mäßiger, die Produktion stieg im nächsten Jahreslauf auf 126 200 Doppelcentner und erreichte in 1861/65 374 650 Doppelcentner; in 20 Jahren eine Steigerung um 268 680 Doppelcentner. 1865 brachte eine Herabsetzung des Zollsatzes für rohes Garn um 33 1/3 Proz., für gefärbtes ein- und zweidrähtiges um 50 Proz., also auf die Hälfte. Die Lage der Spinnerei-Interessenten, sie würden dem Ruin entgegen- getrieben, erwies sich als absolut unlichthaltig. Schon im nächsten Jahreslauf stieg die Produktion um 171 600 Doppelcentner und in 1871/75 stellte sie sich auf 631 120 Doppelcentner. Selbst wenn man hierbei den Verdünnungsmaßstab mit in Rechnung stellt, ergibt sich in der Feinweberei eine weit raschere Zunahme als unter dem früheren Zollsystem; denn in den zwanzig Jahren des höheren Zollschutzes stieg der Baumwollkonsum nur um 0,86 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung, in den folgenden zehn Jahren des mäßigen Schutzes um 1,51 Kilogramm, und während in 1856/65 der Anteil der inländischen Produktion an dem deutschen Baumwollgarn-Konsum nur 60 Proz. betragen hatte, stellte er sich im nächsten Jahrzehnt schon auf 81 Proz. und doch fallen in dieses Jahrzehnt die beiden großen Kriege.

Die schutzzöllnerische Politik gegen Ende der sechziger Jahre brachte auch für Baumwollgarn Erhöhungen; für rohes eindrähtiges je nach Feinheit bis zu 200 Proz., für zweidrähtiges bis zu 225 Proz. Als Zweck wurde angegeben, die deutsche Feingarnspinnerei müsse in den Stand gesetzt werden, den einheimischen Markt zu erobern. Auch unter diesem System nahm die Baumwollspinnerei einen weiteren Aufschwung, aber keineswegs in gleich raschem Tempo, wie in der sogenannten Freihandelsära. Vor allem aber wurde nicht die Zurückdrängung der fremden Konkurrenz in Feingarn erreicht; der hohe Zollschutz, der zugleich auch den gröberen Sorten zugebilligt worden war, hatte vielmehr gerade die Wirkung, daß die Spinnereibesitzer bei der Produktion der groben Nummern verblieben, und nachdem sie hierin den einheimischen Markt gewonnen hatten, sich auf die Ausfuhr grober Garne beschränkten. Betrachtet man die Jahre von der Wismarschen Zoll- gesetzgebung bis 1900, ergibt sich folgende Ausfuhr der wichtigeren Garnsorten:

	1880	1900
Eindrähtig, roh, bis Nr. 17	5 900	25 008 D.-C.
von Nr. 17—45	21 844	16 440
von Nr. 45—60	2 388	794

Die Ausfuhr der ordinären Sorten nahm zu, der besseren ab; und genau dasselbe Resultat zeigt sich bei den gebleichten und ge- färbten Garnen. Umgekehrt nahm zwar die Einfuhr der groben Sorten ab, der besseren aber zu: 1880 wurden in Deutschland von den Nummern über 45 nur erst 13 430 Doppelcentner eingeführt, 1900 — 45 121 Doppelcentner. Die Zölle erwiesen sich geradezu als Prämie auf die Produktion grober Garnsorten und als ein Hemmnungs- mittel des Ueberganges zur Feinweberei.

Trotz dieser entgegengesetzten Wirkung der Zollgesetzgebung von 1879 hat nach und nach die Garnproduktion stetig an Terrain ge- wonnen und in den letzten Jahren lieferte die Einfuhr nur noch 7—8 Prozent des Bedarfs. Die Aufhebung oder doch zum mindesten eine starke Reduktion der Zölle für die Nummern bis 45 würde deshalb im Interesse nicht nur der Weberei, sondern auch des Fortschritts zur Feinweberei liegen. Sie würde zur Abschaffung der vielfach noch benutzten veralteten maschinellen Einrichtungen zwingen. Und daß trotz aller Schlum- bergerscher Lamentos die Spinnereien in der Lage sind, die Kosten hierfür zu tragen, zeigt folgende von Wändersherber der Zolltarif- kommission zugestellte Uebersicht über die Dividendenverteilung größerer Spinnereien:

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
Stadtbach Augsburg	14	17 1/2	17 1/2	17 1/2	17 1/2	15 1/2	?
Reue Spinnerei Wagners	10	10	8	7	5	4	?
Bogel, Baumwollspinn. Hof.	15	15	15	15	15	8	12 1/2
Leipziger Baumwollspinnerei	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2
Baumwollspinnerei Wittweida	18	22	24	26	24	20	20
Baumw.-Feinweb. Augsburg	7	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	8 1/2	?
Reue Baumwollspinnerei und Weberei Hof	20	17 1/2	16	17	15	12	6

Allerdings haben nicht alle Spinnereien gleich hohe Gewinne abzuwerfen; die obigen Unternehmungen gehören zu den größeren und leistungsfähigsten; aber bei den niedrigeren Erträgen ist zu berücksichtigen, daß gerade in der Spinnereibranche vielfach noch mit veralteten, unzulänglichen Maschinen — wenigstens im Vergleich zu englischen und amerikanischen Betrieben — gearbeitet wird, begünstigt durch die Zollgesetzgebung, die den Besitzern auch bei Beibehaltung ver- alteter Arbeitsmethoden einen gewissen Profit sicherte.

75. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Mittwoch, 2. Juli.

Die Positionen 486/87 belegen Fußboden-Lepwiche mit höheren Zöllen und zwar sind die gefärbten Teppiche in eine neue Position 486 rubriciert und mit 60 Mk. Zoll belastet.

Vandert, der den Antrag auf Zollfreiheit begründet, betont, daß neuerdings Maschinen erfunden sind, die durch sie gefärbte Teppiche so herstellen, daß sie kaum von solchen Teppichen zu unter- scheiden sind, die mit Handarbeit gefärbt wurden. Diese Ent- wicklung der Industrie sichere ihnen ein gutes Absatzgebiet, der Zoll sei also überflüssig.

Nach einigen unwesentlichen Bemerkungen zwischen Geheimrat v. Henke und Vandert wurden die Positionen nach der Vorlage angenommen.

Zu den Positionen 489/90 Taschentücher, 488, roh, in Netto und Schuß auf 2 Centimeter im Geviert; bis 120 Fäden — 80 Mk. mit mehr als 120 Fäden — 105 Mk.; 489, gebleicht, gefärbt, be- druckt, bunt gewebt — 120 Mk. resp. 145 Mk.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Schrader beantragt für 489 — 36 resp. 60 Mk., für 489 — 60 resp. 120 Mk.; Müller-Meinungen beantragt eine Anmerkung, die den Hohlraum als unwesentlich für die Behandlung nach diesen Positionen bezeichnet.

Grünberg begründet den Antrag auf Zollfreiheit mit dem Hin- weis auf die böhmische Industrie, die infolge niedrigeren Zolles auf die feinen englischen Garne auch billiger zu arbeiten im Stande sei. Dagegen helfe der Zoll auf Taschentücher nicht, es müsse der hohe deutsche Zoll auf englische Garne beseitigt werden. Redner bespricht dann die Fabrikation, besonders die Sammlung von Taschentüchern.

Schrader tritt aus gleichen Gründen für seinen Antrag ein. Geheimrat Lufensky vertritt die Regierungsvorlage und meint, der böhmischen Konkurrenz gegenüber sei der Zoll nötig.

Müller-Meinungen zeigt an verschiedenen Exemplaren von Taschentüchern, daß sein Antrag begründet sei.

Grünberg betont in einer kurzen Erwiderung, daß er Rech- behalten habe, als er bei Position 472 den Zoll auf Garn herab- gesetzt resp. aufgehoben haben wollte. Nun müsse bei der 2. Lesung der Schaden repariert werden.

Auf Antrag Herold wird die Debatte geschlossen, die Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Zur gemeinsamen Beratung werden die Positionen 490/91 Zute- Gewebe für Möbel- und Zimmer-Ausstattung, Sammet und Plüsch zusammengefaßt. Der Zoll beträgt für Position 490 — 80 Mk., für 491 — roh 80 Mk., gebleicht, gefärbt zc. 110 Mk. Nach einer An- merkung wird ein Zuschlag von 20 Mk. für gemusterte Plüsch an- gesetzt. Müller-Sagan beantragt, die Anmerkung zu streichen. Gegen die Streichung spricht Geheimrat v. Henke, dafür Müller-Sagan und Müller-Juda. Vandert be- gründet den Antrag auf Zollfreiheit.

Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen. Die Anmerkung wird gestrichen.

Dann werden die Positionen 492/97 zusammengefaßt, dicke Gewebe aus Flach, Ramie, Hanf, Jute zc. Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Schrader beantragt eine geringfügige Herabsetzung der Zölle für die Positionen 492/93.

Grünberg tritt für Zollfreiheit mit dem Hinweis auf die Wäsche- fabrikation ein, die Schandlöhne zahle. Die Zollkommission trage zur Herabdrückung der Löhne bei, indem sie Geplümte und Gewebe durch den Zoll verteuere. Die Positionen sowie das Gutachten der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft sollten berücksichtigt werden.

Schrader begründet seinen Antrag; er habe damit nur den alten Zustand aufrecht erhalten wollen. Es sei richtig, daß die Wäscheindustrie unter hohen Zöllen leide und daß sie sehr niedrige Löhne zahle, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Geheimrat Lufensky empfiehlt die Vorlage aus handels- politischen Gründen. Ein großer Wäscheindustriant aus Völsfeld habe sich bei einer Besprechung im Handelsministerium mit diesen Zoll- sätzen einverstanden erklärt.

Vandert weist aus dem vorliegenden statistischen Material nach, daß die Ausfuhr von Geweben im Steigen, der Zoll also nicht nötig sei. Schädlich wäre er vorwiegend auf die Lohnverhältnisse; es sei kein Wunder, wenn die Arbeiter die Phrasen vom „Schutz der nationalen Arbeit“ verkönnen. Die sog. Schandlöhne steigern nur die Dividenden der Kapitalisten, drücken aber die Löhne.

Reichhaus tritt dem Regierungsvertreter entgegen und meint, ohne Zölle würde sich die angeblich zu schützende Industrie noch besser entwickeln haben. Die eine Industrie gebe man vor zu schätzen, indes man eine andre belaste. Und so schreie dieses Spiel von Branche zu Branche. Redner weist dann noch auf die Entwicklung der amerikanischen Wäsche-Industrie hin.

Geheimrat Vermuth erklärt, daß bezüglich der Zutegewebe besonders die Sadeinfuhr in Betracht komme. Bei Beratung des Tarifgesetzes habe diese Frage eine Rolle gespielt, sie werde sich hoffentlich günstig regeln lassen.

Ein Schlußantrag von Herold schneidet wieder mehreren Rednern das Wort ab.

Die Positionen 492/495 werden nach der Vorlage angenommen; bei Hof. 494 werden die Zollsätze nach dem Antrag Müller-Sagan von 12, 24, 36 Mk. auf 10, 20 und 30 Mk. herabgesetzt. 497 wird nach der Vorlage angenommen.

Zu Position 498, dicke Gewebe, nicht unter 486—491 fallend — 150 Mk., beantragen die Socialdemokraten Zollfreiheit. Außerdem haben dieselben folgende Resolution eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:
 den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zum Schutze der Gesund- heit der in Zutegeweben und Webereien beschäftigten jugend- lichen Arbeiter und Arbeiterinnen, nach den in den §§ 120a bis 120c der Gewerbe-Ordnung enthaltenen Grundsätzen, ent- sprechende Vorschriften zu erlassen.

Vandert begründet den Antrag auf Zollfreiheit. Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Dann wird die Resolution beraten, die Vandert ebenfalls be- gründet. Die Zuteverarbeitung erzeuge schwere gesundheitsgefährliche Wirkungen, daß Abhilfe geschehen müsse. Es seien ja bisher schon mehrere notwendige bindende Beschränkungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter erlassen worden, aber in Bezug auf die in Betracht kommende Industrie noch nicht. Der Bundesrat werde die Gesundheitsgefahr kaum kennen, deshalb müsse er darauf hinweisen, dann würde hoffentlich etwas dagegen ge- than. Nach der Statistik kommt eine beträchtliche Anzahl Kinder in dieser Industrie in Frage; aber die betreffenden Zahlen seien nicht richtig, sondern zu niedrig. In den Berichten der Fabrikinspektoren seien schon höhere Zahlen angegeben.

Ohne Debatte wird die Resolution gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen und des Ulg. Satz abgelehnt.

Zu Position 499, Rüll, Gaze zc., 300 Mk., beantragen die Socialdemokraten Zollfreiheit, die Reichhaus be- gründet. Es dürfe nicht der Wunsch einiger Interessenten maßgeblich sein. Sagan beantragt 100 Mk. Zoll. Geheimrat v. Henke behauptet, durch diesen hohen Zoll werde niemand geschädigt, man möge ihn annehmen.

Der Antrag hat nun mit 11 gegen 11 Stimmen abgelehnt, da Abg. Kopp bei der Abstimmung fehlt; darauf wird die Position nach der Vorlage angenommen. Zu Position 500, Wirt (Trifol) und Keststoffe 100 M., begründet Vaudert den Antrag auf Zollfreiheit. Die Position wird darauf nach der Vorlage angenommen. Das Gleiche wiederholt sich bei Position 501, Spigen, 600 M. Position 502, Posamentier-, Knopfmacherwaren, Dachte, Baumwollparietier — 150 M.

Den Antrag auf Zollfreiheit begründet Molkenbühr, der auf die Einfuhr auf Zollfreiheit überlassene Ausfuhr hinweist und meint, daß durch solche unmotivirte Zölle handelspolitische Verhandlungen erschwert werden. Die Barmer Posamentenindustrie wolle diese Zölle gar nicht.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen. Vaudert beantragt, die Anmerkung Stickerien, wie die auf baumwollenen Grundstoff zu verzollen, zu streichen. Die Anmerkung wird angenommen.

Darauf beginnt die Beratung des Unterabschnittes E. Buchbinderstoffe, Pausleinwand, wasserelastische Gewebe, Linoleum und ähnliche Stoffe. Pos. 503, Buchbinderzeugstoffe 60 M., Pausleinwand 135 M.

Müller-Meinungen beantragt für Buchbinderzeugstoffe 30 M. Es lämen nur vier Betriebe in Betracht, die ein Interesse am Zoll hätten, während, wie aus Petitionen aus Leipzig hervorgeht, viele Tausende des Buchbindergewerbes und des Buchhandels geschädigt werden. Die englischen Stoffe werden benötigt von der Buchbinder.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Molkenbühr begründet den Antrag, der durch die Verhältnisse geboten sei. Der ganze Buchhandel sei interessiert. Durch diesen Zoll werde die Fortbildung gefördert, und ein bedeutendes Gewerbe, das seinen Hauptsitz in Leipzig hat, geschädigt, ja geradezu nach England getrieben, da die englischen Stoffe unentbehrlich für die Buchbinder sind.

Regierungsrat Martin tritt in so unmotivierter Weise für den Zoll ein, daß Müller-Sagan ihm entgegen, mit einer derartigen Unlogik sei noch kein Regierungsvertreter aufgetreten; gegen diesen Vertreter der Regierung sei Schlumberger der rechte Weisensnabe. Mit dieser Logik müßten gerade für blühende Gewerbe Zölle aufgelegt werden.

Vaudert betont, daß auch die Portefeuille-Arbeiter Petitionen gegen den Zoll eingereicht haben.

Mündl-Ferber tritt für den Zoll ein. Die Position wird nach der Vorlage angenommen. Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juni.

Verlorene Liebesmüh.

Das gestern mitgeteilte, im Landwirtschafts-Ministerium ausgelegte Projekt einer Sanierung des preussischen Großgrundbesitzes erfährt von Seiten der Agrarier eine nicht mißzuverstehende Zurückweisung. Die Herren, die bei der Staafrage den Wert einer konsequenten Opposition und das Festhalten der Regierung an abgegebenen Versicherungen richtig einschätzen gelernt haben, sind wenig geneigt, sich durch derartige Beschwichtigungsmitel wie das Pöbdielische Sanierungsprojekt, in der Zollfrage verführlicher stimmen zu lassen. Ja, wenn wenigstens Herr von Pöbdiel sich ihnen noch billigen Staatscredit bis zum vollen Tagwert ihrer Güter oder darüber hinaus zu verschaffen vermöchte, ohne von ihnen für diese Darlehen Sicherheiten zu fordern, dann ließe sich vielleicht über die Sache reden. Aber ganz abgesehen davon, daß schon vielfach die Güter der edlen Wünder über das fünfte Sechstel des Tagwertes hinaus verschuldet sind, es also dort nicht viel mehr zu sanieren giebt, verlangt der Minister auch noch zur Sicherheit der neuen Ablösungsdarlehen einen Verzicht des Gutbesitzer auf das Verfügungsrecht über seine Hypothekenschulden und ferner eine gewisse Aufsicht der Kredit-Institute über die Wirtschaftsführung. Darauf kann sich kein echter Junker einlassen, sich Vorschriften über sein Schuldenmachen auferlegen zu lassen, und noch weniger kann er sich seine Einnahmen aus seinem Besitz beschneiden lassen. Nicht weniger, wenn er mehr, will er aus seinem Grundbesitz herausziehen können; und nicht will er sich in den Stand gesetzt sehen, alte Schulden abzulösen, sondern neue Schulden machen zu können. Und das erreicht er am sichersten durch Zollerhöhungen auf landwirtschaftliche Erzeugnisse; denn sie erhöhen die Preise dieser Produkte, bringen größere Erträge und steigern außerdem den Bodenwert, so daß sich auf das Gut neue Hypotheken eintragen lassen.

Die „Kreuz-Zeitung“ bringt es in ihrem Bestreben, den Agrarminister sich gewogen zu halten, wenigstens noch zu einer Art halber Anerkennung des guten Willens des Herrn von Pöbdiel; sie meint:

„Um so mehr ist es anzuerkennen, wenn jetzt der Landwirtschaftsminister v. Pöbdiel es unternimmt, die bisher nur in thesi behandelte Angelegenheit in seiner vorgesehener Veröffentlichung der Öffentlichkeit über die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes allmählich in die Praxis einzuführen. Wir betonen, es ist anzuerkennen, daß er es unternimmt, denn es ist eine völlig neue Materie, die hier behandelt werden und einer einigermaßen befriedigenden Erledigung entgegengeführt werden soll, es fehlen auf diesem Gebiete noch jede praktische Erfahrungen. Aber soll dieser Umstand abhalten, den einzelnen Fragen, die bei der ländlichen Entschuldung sich aufwerfen, praktisch näher zu treten? Wer hierauf mit „Ja“ antworten wollte, müßte jedes Aufnehmen neuer Verantworfliche von vornherein perhorrescieren.“

Weniger diplomatisch und verständlich, dafür aber desto mehr im Sinne des junkerlichen Agrariertums schreibt das Hauptorgan des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“:

„Wir haben zu der Denkschrift nur wenig zu bemerken. Es ist klar, daß alle Entschuldungsmaßnahmen scheitern müssen, so lange nicht dafür Sorge getragen wird, daß die Landwirtschaft sich wieder einigermaßen rentiert. Jede derartige Maßnahme besteht naturgemäß in einer Schwächung der Einnahmen und einer Erhöhung des Credits. (1) Das kann nur getragen werden, wenn das Gewerbe einen gut steigenden Ertrag liefert. In den Schlussworten ist ja auch bemerkt, daß die Hoffnungen, welche die Regierung an ihre Vorschläge knüpft, sehr gering sind, und außerdem zugestanden, daß die wirklich überschuldeten Grundbesitzer von den vorgeschlagenen Maßnahmen keinen Vorteil haben würden, sondern nur die immerhin noch besser situierten, die also der Entschuldung viel weniger bedürfen. In die Kritik der einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen einzutreten halten wir, da vorläufig ihre Durchführung und ausführlichkeit erschein, nicht für geboten. Jetzt heißt es für alle Freunde der Landwirtschaft, zunächst alle Kräfte anspannen, damit ein wirklicher Schwung gegen das Ausland geschaffen werde. Daß für die Landwirtschaft die hypothekarische Verschuldungsform des ländlichen Rechts überhaupt nicht paßt, sondern lediglich die Rentenerhöhung, und daß man dahin streben muß, diese allmählich durchzuführen, darüber dürfte heute unter einsichtigen Volkswirten kein Zweifel mehr herrschen. Aber das ist eine Aufgabe, die nicht von heute auf morgen zu lösen ist und für deren Quantifizierung bessere, ruhigere Zeiten abgewartet werden müssen. Die Denkschrift macht somit alles in allem den Eindruck, daß der Schein, als ob etwas geschehe, geschaffen werden soll.“

Kapiert, Exzellenz? —

In der Zolltarif-Kommission hofft man, so schreibt eine parlamentarische Korrespondenz, die erste Lesung des Tarifs bis zum 8. August fertigstellen zu können. Sodann soll eine zweiwöchentliche Pause eintreten und die zweite Lesung gegen den

22. August beginnen. Nachdem letztere die Hälfte des Tarifs in erster Lesung durchberaten war, will man täglich durchschnittlich 25 bis 30 Positionen zur Erledigung bringen. Schwierigkeiten dürften nur noch für die erste Lesung die Eisen-, Blei-, Zink- und Kupferzölle bieten, vielleicht auch der Abzins-Maschinen.

Die Durchschlags-Hoffnungen der Zollbegeisterten haben sich bisher stets als trügerische erwiesen. So wird es jedenfalls auch weiterhin bleiben.

„Socialdemokratische Arbeiter.“

Ein bloßes Geschwätz der kapitalistischen Presse knüpft an eine Aeußerung an, die unser Parteigenosse Abg. Grünberg kürzlich in der Zollkommission that. Das Geschwätz hat seinen Ausgang von der freisinnigen „Königsb. Hartungischen Zeitung“ und löst in der „Post“ in dem fälschlichen Ausruf wieder, daß Grünberg zugegeben habe, „auch in der Socialdemokratie finden sich gewisse Grundzüge über alle Ideale“, und daß derselbe einen Standpunkt eingenommen habe, den sonst als profitorisch, ausbeuterisch, wucherisch, blut-saugerisch und wie sonst dergleichen geschmacklos Epitheta lauten, zu zeichnen die Socialdemokratie nicht genug erachtete Worte finden kann.“ Es genügt das, was unser Genosse gesagt hat, nochmals zu wiederholen, um die Lächerlichkeit dieses freisinnig-scharfmacherischen Geschwätzes zu erweisen. Unser Bericht über die betreffende Aeußerung besagt:

„Grünberg erwidert dem Vorredner (Schlumberger), derselbe könne solche Ausführungen nur Leuten gegenüber machen, die nicht vom Geld, sondern von der Gerechtigkeit ausgehen, wie Schlumberger, wisse sehr gut, daß die Zölle die Waren verteuern und den Lohn drücken. Die Verhinderung und Ausbreitung liege im Interesse. Wenn an Rohprodukten nichts am Preis herabzubringen ist, um Gewinn zu erzielen, dann wird am Lohn abgebrochen. Das thut jeder Unternehmer, das liege im heutigen Wirtschaftssystem.“

Nach der „Königsb. Hart. Ztg.“ hat Grünberg den Hinweis auf „jeder Unternehmer“ noch näher ausgeführt, indem er gesagt habe: „In dieser Beziehung handelten socialdemokratische Arbeiter wie konservative und nationalliberale. Denn jeder Geschäftsmann kämpfe um seine Existenz.“ Wenn Abg. Grünberg sich so ausgesprochen hat — was wir nicht im Augenblick feststellen können —, so sind seine Worte, im Zusammenhang verstanden, keineswegs anstößig. So sehr die Thatsache besteht, daß Arbeiter, die die socialdemokratische Aufschauungen haben, sich bemühen, die bei ihnen tätigen Arbeiter möglichst günstig zu stellen, so ist doch selbstverständlich, daß auch sie die Schwächen des kapitalistischen Systems nicht übersehen können. Indem unser Vertreter in der Zollkommission darauf hinwies, daß die Erhöhung der Garnzölle die industriellen Garnverbraucher zur Herabdrückung der Arbeiterlöhne drängen würde, so hat er damit die Gemeingefährlichkeit der Zollerhöhungs-Politik zutreffend gekennzeichnet. Die Verleumter in der „K. H. Z.“ und in der „Post“ kennen noch nicht den elementaren Grundsatz der Socialdemokratie, daß nicht dem einzelnen Unternehmer, der von den Folgen des kapitalistischen Systems abhängig ist, sondern diesem System selbst die Anklagen und die Kämpfe der Socialdemokratie gilt.

Der Urheber des Geschwätzes in dem Königsberger Blatt ist übrigens offenbar derselbe Berliner Parlamentarier, der jüngst die socialdemokratischen Zollkommissionsmitglieder dödsartig beschimpfte, weil sie pflichtgetreu gegen die Durchschlags des Tarifs wirkten. Sein neuester Versuch, ein berechtigtes Weidmitleid gegen die Zollerhöhung zu einem unberechtigten Anwurf gegen die Socialdemokratie anzubringen, ist ein neuer Beweis freisinniger Gewissenhaftigkeit im Zollkampf. —

Normann-Schumann und Baron von Richthofen.

Ueber die „Sanierung der Schweiz“ schreibt uns in Ergänzung unsrer Mitteilung über die Ausweisung Normann-Schumanns unser Züricher Korrespondent:

Endlich ist die Komödie mit den Herren Normann-Schumann und Baron von Richthofen aus, sie haben unwillkürlich die ihnen offenbar sehr liebgekommenen schönen Gesäße des Bierwaldstätter und des Genfer Sees verlassen und befinden sich nun jenseits der Grenze, wohin ihnen ihr Verursollege Heilmann als Quartiermacher vorausgeeilt war. Es hat ungemein lange gedauert und viel Kritik in der Presse und in Parlamenten gelostet, bis endlich die Bundesanwaltschaft (die Anweisungen sind offenbar von ihr veranlaßt) energisch zugegriffen hat. Die Forderung der Ausweisung solcher Elemente seitens der Socialdemokraten hat seiner Zeit in der deutschen Parteipresse Kritik erfahren. Demgegenüber ist aber doch daran zu erinnern, daß in solchen Fällen auch die deutschen Genossen Sähere heißen. Nun könnten die Genossen in der Schweiz, insofern es sich um Handlungen dreht, die hier begangen wurden, die Bestrafung der Schuldigen verlangen. Allein ein solches Verfahren lehnt der Bundesrat in Rücksicht auf die betreffende auswärtige Macht ab. Will man also nicht ruhig zusehen, wie in der Öffentlichkeit bekannte Spiegel ungerührt ihr schmutziges Handwerk treiben, so bleibt in der That nichts anderes übrig, als die Ausweisung derselben zu fordern.

Im einzelnen ist noch zu bemerken, daß der Normann-Schumann noch eine Reihe von Prozessen gegen schweizerische Zeitungen, so auch gegen unser Luzerner Parteiblatt, wegen „Verleumdung“ anhängig gemacht hat und daß der Baron v. Richthofen ohne die Ausweisungsbefehle nach Berlin — verweist sei, wo seiner vielleicht noch große Dinge harren. Ein so gewandter und energischer Mann, der das unerschütterliche Vertrauen des Kaisers genöth, dürfte bei den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und Konstantinopel bald in der deutschen Reichshauptstadt „geeignete“ Verwendung finden. Es empfiehlt sich daher angelegentlich, den ferneren Lebensschicksalen der beiden vielgenannten „Herren“ einige Aufmerksamkeit zu widmen. —

Regierungsinformator Levy. Die „N. P. C.“ bringt folgende reizvolle Mitteilung:

„Die königliche Staatsregierung hat den Professor Dr. von Halle nach Posen entsandt zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Provinz Posen. Die königliche Staatsregierung erhofft von dieser Informationsreise folgende Gesichtspunkte für die Verwendung des Aufschlagsfonds. Professor Dr. von Halle ist Rationalökonom, ein Schüler Schmollers; sein Aufenthalt in Posen ist auf drei Monate in Aussicht genommen.“

Professor v. Halle hat reichende Karriere gemacht. Als Levy begann er in Halle hocharbeitende Wissenschaft zu betreiben; seitdem wandelte er sich in Herrn Halle und rühte auf zum von Halle. Als solcher bewährte er sich vorzüglich gelegentlich der großen Marinevorlage, zu deren eifrigsten Professoren er zählte. Nun ist seine Autorität hoch genug gestiegen, daß die preussische Regierung von seinem dreimonatlichen Aufenthalt im Posenschen die ihr bisher mangelnden leitenden Gesichtspunkte für die Verwendung des antipöbdielischen Aufschlagsfonds erwartet. Die preussische Regierung legt den Steuerzahlern neue 250 Millionen zur Bekämpfung des Potentums auf, um sich nachträglich durch Herrn v. Halle über die Verwendung dieser Summe informieren zu lassen. Der Vorgang beweist ebenso viel für den Tiefinn der Regierungspolitik gegen die Polen wie für die erfolgreiche Strebbarkeit des Herrn Levy v. Halle. —

Von der Kanalvorlage. Trotzdem die Düsselbacher Reden der Regierungsdirektoren gezeigt haben, daß die baldige Wiederbringung der Kanalvorlage nicht zu erwarten ist, behauptet jetzt die „Schle. Ztg.“ das Gegenteil als sicher; „die in Betracht kommenden Dienststellen seien beauftragt, die wünschenswerten erscheinenden Ergänzungen in beschleunigter Weise zu bewirken“. Die „Staatsbürger Zeitung“ erklärt, diese Mitteilung decke sich mit ihren Informationen.

Der Widerspruch zwischen den unzweideutigen Aeußerungen des Ministerialdirektors Schulz in Düsseldorf und derartigen Kanal-anforderungen der genannten Blätter läßt sich dadurch lösen, daß möglicherweise eine Vorlage zum Bau des Berlin-Stettiner Schiffahrtskanals dem Landtag in seiner nächsten Session zugehen soll. Dies geringe Stückwerk getraut sich vielleicht die Regierung von ihren Jüngern zu fordern; mehr aber nicht. —

Die preussische Schulpolitik läßt die Verhältnisse in Breschen noch immer nicht in Ordnung gelangen. Es sind insgesamt vierzig Schüler, welche im katholischen Religionsunterricht dem Lehrer auf in deutscher Sprache gestellte Fragen nicht antworten zu können erklären. Infolge der früheren Schulkrisen sind in Breschen sieben, in Miloslaw sechs Lehrer mehr angestellt worden. Die Klassen sind geteilt worden, so daß in den einzelnen Abteilungen fast nur noch ein Drittel der früheren Schülerzahl ist.

Ueber eine Schullehrer in Westpreußen wird dem „Ges.“ berichtet: In einer Entfernung von etwa 1 1/2 Meilen von Verent liegt das armenliche Dorf Jucheln, bewohnt ausschließlich von polnisch-katholischer Bevölkerung. Dort amtiert seit etwa drei Jahren an der katholischen Schule der Lehrer W. Bis dahin ging alles friedlich. Aber am Sonnabend früh kam es zu einer Aufruhr. Als der Lehrer des Morgens in gewohnter Weise den Schulunterricht begann und das Morgenbetgebet gesprochen war, erhob sich plötzlich einer der ältesten Schüler mit dem Worten: „So, nun kann es losgehen“, brach aus der Schulbank vor und stürzte sich mit einem Stock auf den Lehrer vor. Diefem Schüler folgten die übrigen nach, die gleichfalls mit Stöden bewaffnet, nur auf den Lehrer einhieben. Dieser wehrte sich mit seinem Stock, so gut es ging, und errang dann auch schließlich das Uebergewicht, so daß die Schulkinder ihre Stöcke fortwarfen und sämtlich aus der Schulstube nach Hause flüchteten, wo sie von ihren Eltern in Empfang genommen wurden. Der Lehrer hat den Vorfall sofort bei dem Kreis-Schulinspektor gemeldet.

Ob dies seltsame Gesecht auch einen Erfolg der pädagogischen Granitbeherpolitik darstellt? —

Eine Binnenlandflotte? Ein Berliner Korrespondent verbreitet folgende seltsame Meldung. Während der Anwesenheit des Kaisers in Ruhort ist auch darüber entschieden worden, daß zwei Torpedoboote dauernd am Niederrhein stationiert werden sollen. Eines derselben würde in Ruhort seinen festen Standplatz erhalten, während das andre zwischen Emmerich und Bonn einen fliegenden Nachtdienst ausüben würde.

Ob diese Binnenlandflotte gegen den „inneren Feind“ verwendet werden soll? —

Die heftige Wahlreform. Aus Darmstadt meldet uns ein Privattelegramm: Die Kammer lehnte die Verneuerung der städtischen Mandate ab. Dadurch ist das Zustandekommen der ganzen Vorlage fast aussichtslos geworden. —

Fahnenstich eines Soldaten wegen Mißhandlungen. Vor dem Breslauer Ober-Kriegsgericht des VI. Armeecorps unter Vorsitz des Oberlieutenants v. Pannewitz war der Hufar Karl Recha vom Husaren-Regiment Nr. 6 in Pöbdiel angeklagt der Fahnenstich und Preisgabe von Dienstsaaken. Am 19. März 1901 desertierte er von den Preußen, da ihm der Dienst zu schwer gewesen sei. Er sei vom Befreiten und Unteroffizier geschlagen worden, u. a. mit der Keilpeitsche, und hätte egerzieren müssen, bis er ohnmächtig wurde, auch sei ihm mit weiteren Mißhandlungen gedroht worden. Das Kriegsgericht der 12. Division zu Reife verurteilte am 21. Februar 1902 den Deserteur zu neun Monaten und vierzehn Tagen Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Wegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein. Die Verhandlung ergab auch, daß Mißhandlungen auch gegen andre Husaren vorgekommen waren. Der Vertreter der Anklage, Ober-Kriegsgerichtsrat Raub beantragte sieben Monate und einen Tag Gefängnis und zweite Klasse. Das Ober-Kriegsgericht verurteilte den Deserteur zu sechs Monaten und eine Woche Gefängnis und sprach die Verweisung in die zweite Klasse aus, rechnete ihm aber auf die Strafe drei Monate durch die Unterjuchungshaft an.

Das Eingekündnis eines polizeilichen Mißgriffs. Ein nicht gewöhnliches Ereignis ist dieser Tage in Hannover passiert. Ein Dienstmädchen wurde ohne irgend ein begründetes Verdachtsmoment als Prostituirte festgenommen und erst am nächsten Tage wieder entlassen, obgleich es sofort angab, wo es in Stellung sei. Ein Kriminalbeamter hatte das Mädchen auf der Straßenbahn gefragt, ob es unter Kontrolle stehe. Da die Befragte neu zugezogen war und diesen Ausdruck nicht konnte, so beehrte sie die Frage, in der Meinung, es handle sich um die polizeiliche Anmeldung. Dieser Mißgriff war von unsern Partei-Organen in Hannover, dem „Volkswillen“, aufgedeckt worden. Der dortige Polizeipräsident richtete nun ein Schreiben an den „Volkswillen“, in dem er anerkannte, daß ein Mißgriff der Polizei vorliege. Der Beamte habe keinerlei Recht gehabt, die obige Frage zu stellen. Unter allen Umständen wäre er verpflichtet gewesen, zunächst durch Nachfrage in dem von dem Mädchen angegebenen Hause festzustellen, ob es dort in der That wohne. Das Schreiben schließt mit folgender Mitteilung: „Der Beamte, der seit dem 1. Oktober 1879 bei der Sittenpolizei beschäftigt ist, ohne bisher zu Klagen Anlaß gegeben zu haben, ist von der Ausübung des Aufendienstes abberufen und bestraft worden.“

Ein Universitätskandal in Bayern. Das Entlassungsgesuch des Senates der Würzburger Universität, von dem wir gestern bereits Mitteilung machten, bedeutet eine Episode in den bayerischen Kämpfen zwischen Merkantilismus und Liberalismus. Der Liberalismus, dem fast sämtliche Hochschullehrer huldigen, ist in Bayern durch das Centrum stets mehr zurückgedrängt worden und der Antisemitismus Dr. v. Landmann hat sich mit dieser Verschiebung der politischen Machtverhältnisse mehr und mehr auf die liberale Seite gestellt, so daß er erst jüngst bei der Debatte über die Schulgesetzgebung in der Abgeordnetenkammer heftige Zusammenstöße mit den liberalen Parteiführern hatte. Auch der Anlaß zum Konflikt mit den Würzburger Professoren liegt in einer Aeußerung des Kultusministers im Abgeordnetenhaus. Die Würzburger philosophische Fakultät hatte sich gegen die Verweisung einer ordentlichen Professur für Geschichte durch den bisher außerordentlichen Professor Ghross, einem liberal gestimmten Rame, erklärt. Der Senat schloß sich diesem Gutachten an, weil das Verhalten des Prof. Ghross ihm als nicht geeignet erschienen lasse. Minister v. Landmann warf nun dem Senat Mangel an Objektivität vor und dieser Vorwurf ist die Ursache des Gesuchs des Senats, daß die Regierung ihn, den Senat, des Amtes entheben möge.

Mittlerweile hat nun auch, wie aus München gemeldet wird, der Kultusminister v. Landmann beim Prinzregenten sein Entlassungsgesuch eingereicht, das jedoch nicht angenommen worden ist. —

Aus dem Wahlkampf im Wahlkreis Wahrenth. (Eigener Bericht.) Der Kandidat des Bundes der Landwirte, Herr Guld-beyher Feustel, scheint ein sehr spähhafter Herr zu sein. Im gegenwärtigen Wahlkampf leistet er sich manches Stüchchen unfreiwilliger Komik, und er hat es sogar fertig gebracht, eine Zeitung unter Verweisung auf den preussischen Zwangsparagraphen zwingen zu wollen, daß sie einen Bericht beibringe, der überhaupt noch nicht erschienen ist. Herr Feustel hat am Sonntag in Wahrenth eine Wünder-verammlung ab, in der er hauptsächlich gegen die Socialdemokraten vom Veder zog und ihnen die „sieben Todsünden“ vorhielt, die sie, nach Herrn Feustel, gegen das arbeitende Volk verbrochen haben. In der Diskussion wurde e von dem Genossen Rölle-Kürnberg mit seinem „Programm“ beauftragt, die in die Lage getrieben, daß er es vorzog, seine zu verschwinden. Ihm scheint er den Bericht über diese Verleumdung in der socialdemokratischen Presse sehr gefährdet zu haben, denn er ging schnurstracks in sein Hotel und verfasste eine Zuschrift an die „Obersächsischen Volkszeitung“, worin er auf Grund des

§ 11 des Preßgesetzes aufordnete, den „jedenfalls“ eintreffenden Veranlassungsbereich in verschiedenen näher bezeichneten Punkten richtig zu stellen! — Ein ahnungsvoller Engel!

Mahregelung im Elsaß. Die Erfolge der Demokratie und Socialdemokratie bei den Kommunalwahlen in Elsaß-Lothringen haben bei der reichsständischen Regierung des Herrn v. Köller denjenigen Nachhall ausgelöst, welche die erleuchtete Politik dieses hervorragenden Staatsmanns würdigen ist. Nach einer Meldung aus Mülhausen wurde der dortige Staatsanwalt Dr. Schulz nach Reg. versetzt, ebenso soll der Mülhausener Gymnasiallehrer Dr. Kaufmann versetzt worden sein. Die Versetzungen werden darauf zurückgeführt, daß beide Beamte bei der Gemeinderats-Wahl in Mülhausen auf der demokratisch-socialistischen Liste kandidierten und mit demokratisch-socialistischer Hilfe gewählt wurden. Die Versetzungen erregen in der Bevölkerung großes Aufsehen.

Die „Germania“ bekundet vortrefflich die freiheitlichen Gesinnungen ihrer Partei, indem sie die Mahregelung freudig billigt und den Staatsanwalt Schulz der Lobhut seines neuen Vorgesetzten in Reg. empfiehlt. —

Ausland.

Die Verflüchtigung der chinesischen Kriegsschadigung.

Die Ableistung der chinesischen Kriegsschadigung droht bereits ernstlich ins Stocken zu geraten. Bekanntlich hat China schon wiederholt darum angefordert, die weiteren Raten der Kriegsschadigung vorläufig in Silber bezahlen zu dürfen. Dieses Ansuchen, das nicht andres als einen ganz besonderen Abstrich der Entschädigungssumme bedeuten würde, wird jetzt von Amerika und England begünstigt. Das „Neuerische Bureau“ meldet darüber:

Peking, 30. Juni. Die chinesische Regierung hat sich geweigert, die Forderung der Entschädigungssumme anders als zum Wechselkurs vom 1. April 1901 zu bezahlen. Diese Weigerung wird von den Gefandten als eine Folge der Mitteilung des Congresses an die chinesische Regierung betrachtet, daß Amerika die Stellungnahme Chinas unterläßt und willens sei, die Zahlung auf der erwähnten Grundlage anzunehmen. Die Gefandten bringen indessen die Versicherung zum Ausdruck, daß China, sobald es die Ueberzeugung gewonnen hat, daß es allein von Amerika unterstützt wird, die Entscheidung der Mehrheit der Gefandten annehmen werde. Die Gefandten sind der Ansicht, daß der Standpunkt Amerikas den Bestimmungen des Peking-Protokolls zuwider ist.

England schlägt jetzt vor, China die Zahlung der Kriegsschadigung bis 1910 in Silber zu gestatten, wegen der großen Verluste, die China infolge der Entwertung des Silbers zu ertragen habe. Die übrigen Gefandten sind der Meinung, daß die Erlaubnis mit der Anerkennung der Behauptungen Chinas gleichbedeutend sein und die Angelegenheit daher noch weiter verwickeln würde. —

Schweiz.

Aus der schweizerischen Bundesversammlung.

Bern, 1. Juli. (Fig. Ver.) Nach vierwöchiger Tagung ist am Sonnabend die Bundesversammlung wieder geschlossen worden. Der Ständerat hat den Zolltarif zu Ende beraten und in der Schlussabstimmung mit 32 gegen 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Nun geht der Rat wieder an den Nationalrat wegen der vom Ständerat getroffenen Abänderungen. Voraussichtlich wird er in der Septembersession definitiv erledigt werden, worauf wohl gleich die Referendumsbewegung dagegen einsetzt wird.

Dem Beschlusse des Nationalrates bezüglich der Freigabe des Sonnabendnachmittags von 5 Uhr ab hat der Ständerat zugestimmt. Dabei handelt es sich aber vorläufig nur um eine Einladung an den Bundesrat, der Bundesversammlung eine bezügliche Vorlage zu machen. Bundesrat Deucher, der Chef des Industriesdepartements, hat die Einbringung einer solchen zu gesagt.

Der Nationalrat behandelte die Revision des Eisenbahngastpflichtgesetzes von 1875, dem seiner Zeit das bezügliche deutsche Reichsgesetz als Vorbild gedient hatte. Das revidierte Gesetz, das noch an den Ständerat zu gehen hat, schaltet den Baunternahmer als Gast- und Entschädigungspflichtigen aus und erklärt einzig verantwortlich den Inhaber der koncessionierten Unternehmung, wodurch „Schleudern“ zum Schaden der Verletzten ausgeschlossen werden. Außerdem galt bisher bei Belassung des Baunternahmers ein Entschädigungs-Maximum von 6000 Frank, während die Eisenbahnunternehmung zur Vergütung des vollen Schadens verpflichtet war. Es bestand also zweierlei Recht. Nun gilt ausschließlich die Vergütung des vollen Schadens. Das revidierte Gesetz erstreckt sich auf die Anfälle beim Bau, Betrieb und bei Hilfsarbeiten, welche mit dem Betrieb in Zusammenhang stehen. Ein Antrag, die Haftung auch auf den Motorbetrieb auszuweiten, wurde an die Kommission verwiesen, die ihn noch zu erledigen hat. Für Leinwandfabrikanten-Unternehmungen sowie für die verschiedenen Unternehmungen des Bundes (Post, Eisenbahn und Dampfschiffahrt-Unternehmungen) gilt das revidierte Gesetz ebenfalls. Die Verjährungsfrist beträgt zwei Jahre. Reglements, Verträge etc., welche die Haftbarkeit der Transportanstalt an sich haben, sind rechtswidrig. Gerichte widerlich war die Verimpfung der Vorlage durch den Winterthurer Abgeordneten Sulzer-Riegler, der Hauptaktionär der Winterthurer Unfallversicherung, wie der Simplotunnel-Unternehmung ist und der jede Gelegenheit benützt, um in ungenügender Weise die Rinde der Gesetzgebung für seine persönlichen Geldsacksinteressen zu nützlich zu machen. Und der Mann ist mit Arbeiterstimmen gewählt! —

Frankreich.

Gegen 127 Niederlassungen von Ordensgesellschaften sind am 27. Juni Dekrete erlassen, auf Grund deren dieselben zu einer Weise geschlossen werden, weil sie gegen das Vereinsgesetz verstoßen. —

Am nächsten Freitag beginnt in der Kammer die große Debatte über die Schließung der Kongreganischen Schulen. Der Rabinetschef soll beschließen, bei dieser Gelegenheit eine wichtige Erklärung über die religiöse Politik der Regierung abzugeben. Auch Henry Brisson wird das Wort ergreifen. Man befürchtet erste Zwischenfälle. —

Budget und Einkommensteuer. In der Kommission der Kammer für die Kredite erklärte heute Ministerpräsident Combes und Finanzminister Rouvier, daß das Budget zu Beginn der nächsten Session eingebracht werden würde. Sobald als möglich, werde darauf die Vorlage betreffend die Einkommensteuer dem Hause unterbreitet werden. Lord sprach den Wunsch aus, daß die Einkommensteuer-Vorlage sofort eingebracht werden möchte; die beiden Minister lehnten ab, bis jedoch in aller Form mit dem Bemerkens, daß eine derartige Steuerreform in diesem Augenblick einer auf die Herabminderung der Staatsschuld huzielenden Rohregel hinderlich sein könnte, welche in Kürze in Aussicht genommen sei.

Spanien.

Regierung und Meritalismus. Die Meritalen setzen dem Ausschussrat des Staates über den Schulunterricht einen hartnäckigen Widerstand entgegen; auch die Dekrete, welche die staatliche Aufsicht über die Ordensgesellschaften anordnet, versuchen sie auf ein Jahr hinauszuschieben, angeblich, um sich der Neuordnung gemäß einzurichten, in Wirklichkeit in der Hoffnung, daß nach Ablauf einer 3 Jahres die Konservativen wieder an der Regierung sind, welche dann die Dekrete nicht zur Ausführung bringen würden. Der König soll sehr stark unter dem Einfluß der Meritalen stehen. So sollte er sich

z. B. weigern, dem Schriftsteller Gallos den Orden Alfons XII., den das Ministerium diesem zugedacht hatte, zu verleihen, und zwar, weil Gallos gegen die Meritalen geschrieben habe. Der „Correo“, das Hauptorgan der Liberalen, verlangte energisch Aufklärung über diese Gerüchte und fordert das Ministerium auf, zu demissionieren, falls die konstitutionellen Rechte seitens des Königs nicht geachtet würden. Diesen Stein des Anstoßes hat der König nunmehr durch die thatsächliche Verleihung des Ordens an Gallos aus dem Wege geräumt. Auch der ehemalige Arbeitsminister Canalejas setzt seine Agitation gegen den Meritalismus fort, wobei er auch Angriffe gegen seine ehemaligen Kollegen richtet. In einer Rede, die er kürzlich in Buen Retiro vor 2500 Personen hielt, griff er das Ministerium heftig an, es umschmeichle den König, anstatt auf seinem Rechte zu bestehen. Er forderte Republikaner und Socialisten auf, im Kampfe gegen die Meritalen zusammenzutreten. —

England.

Die Reichskonferenz. London, 30. Juni. (Fig. Ver.) Unter dem Vorsitz von Mr. Chamberlain findet heute die erste Sitzung der Reichskonferenz statt, an der folgende Premierminister der Kolonien teilnehmen: Sir Wilfrid Laurier (Kanada), Sir Edmund Barton (Australien), Mr. Richard Seddon (Neuseeland) und Sir Gordon Sprigg (Kapkolonie). —

Parlamentarische Erbhawahlen. London, 30. Juni. (Fig. Ver.) Da die Abgeordneten W. L. Jackson und H. J. Kay-Schultenworth zu Peers (zu Mitgliedern des Hauses der Lords) erhoben wurden, sind zwei parlamentarische Erbhawahlen nötig geworden. Eine in Clitheroe (Lancashire), die andre in Leeds. Das Komitee für Arbeitervertretung beschloß in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften, den Genossen Philip Snowden in Clitheroe kandidieren zu lassen. Snowden ist Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei. —

Eine religiöse Krönungsfeste. Das „Neuerische Bureau“ erfährt, daß, wenn die Zeit für die Krönung herannaht, die Ceremonie in viel ruhigerer Weise vor sich gehen werde; es werde mehr Nachdruck auf den religiösen Charakter gelegt werden. Die Zahl der Vertreter der fremden Länder werde beschränkt werden auf die Verwandten des Königs und die Persönlichkeiten, welche zu der königlichen Familie in engeren Beziehungen stehen. —

Edward VII. hat seine Jugend, die bei ihm ein gutes halbes Jahrhundert währt, so reichlich ausgelostet, daß der Eintritt in eine Periode der Prominenz psychologisch nur zu erklärlich ist.

Die letzten Nachrichten über das Befinden Eduards VII. lauten abermals äußerst günstig. Man betrachtet ihn bereits als völlig außer Gefahr. Die Aerzte hätten ihm in Anbetracht seiner neuwundlichen natürlichen Nachruhe sogar den Genuß einer Cigarre gestattet. —

Unterhand. Dille fragt an, ob die englische oder japanische Regierung gegen die Einziehung der Viti-Jölle auf die Einfuhr und Ausfuhr in Rußschwanz durch die russische Regierung protestiert habe. Unterstaatssekretär des Meeres Grandborne erwidert, daß die englische Regierung keinen Protest gegen die Erhebung der Viti- und anderer Jölle durch die russischen Behörden erhoben habe; denn als die Angelegenheit zur Kenntnis der Regierung gebracht wurde, seien Unterhandlungen zwischen der russischen und chinesischen Regierung über die Räumung der Mandchurie durch Rußland im Gange gewesen und man habe erwartet, daß diese bald durchgeführt und Rußschwanz wieder den chinesischen Behörden unterstellt werden werde. Die englische Regierung wisse nicht, ob die japanische Regierung einen Protest eingelegt habe. —

Holland.

Religion statt Brot. (Fig. Ver.) In der Thronrede, die seiner Zeit das neue christliche Regierungssystem einleitete, wurden u. a. Maßregeln gegen den unter den Europäern und Jüdisch-Europäern (Niederländischen Kolonien) herrschenden Pauperismus angeklagt. Man hat nun damit begonnen, diesen schönen Plan zu verwirklichen. Aber die Art und Weise, wie das gemacht wird, veranlaßt eine angesehene liberale Zeitung Batavia's zu der mehrerbietigen Frage: ob denn der Vorrat von gesundem Menschenverstand, über den die Regierung zu verfügen hat, ganz und gar erschöpft sei? Die niederländische Regierung hat nämlich die Verwaltungsbehörde der protestantischen Kirchen mitgeteilt, daß sie beabsichtige, um dem Pauperismus in Indien entgegen zu wirken, die Anzahl der Religionslehrer zu erhöhen, und die Kirchenbehörde über ihre Meinung zu diesem Plan befragt. Die Kirchenbehörde aber erklärte: sie sehe kein Heil darin, daß man den Pauperismus durch die Vermehrung der Religionslehrer zu bekämpfen suche und die Bibel dorthin bringe, wo in erster Linie Nahrung, Kleidung und Arbeit nötig sei. — Der Religionsbeifer der Staatsregierung geht also sogar den obersten Leitern der protestantischen Kirche zu weit. Das oben erwähnte liberale Blatt bemerkt hierzu: Die inländische Bevölkerung ist geduldig, aber wenn sie Religionslehrer und Bibeltexte kriegt, statt verständiger Verwaltungsbeamten, die sie aus dem Lande, worin sie jetzt verfaßt, retten wollen und die ihr den Weg, ihren früheren Wohlstand wiederzugewinnen, weisen lassen, dann — man mag predigen so viel man will, daß Gebuld der Weg zum Himmel ist — kann ihre Gebuld einmal ein Ende nehmen. —

Amerika.

Präsident Roosevelt hat den Attorney Knog beauftragt, festzustellen, ob die Rechte der Panama-Gesellschaft unantastbar seien. In diesem Falle soll der Gesellschaft sofort eine Summe von 40 Mill. Dollar für die Aufgabe ihrer Rechte ausbezahlt werden. —

Die **zweijährige Budget-Einnahme** beträgt 1/4 Milliarde Dollar mehr als im Vorjahr; dies ist der höchste Ueberschuß, der bisher zu verzeichnen gewesen ist. —

Parlamentarisches.

Das **Reichstagspräsidialgebäude** ist im Außen- und Innenbau vollständig bis auf die architektonische Schmuckausführung fertiggestellt. Die Außenfassade erhält jetzt architektonischen Schmuck durch Figuren, Wappen, Embleme, die aus den Sandsteinquadern, die schon längere Zeit eingemauert sind, geschaffen werden. Im Innern ist der Rohbau ebenfalls beendet, es sind noch Tapeten und Dielen anzubringen. Nach der Spree zu erhält der Bau eine größere Schmuckanlage. Verbunden mit der Wohnung für den Präsidenten ist noch ein Anbau für die Wohnung des Direktors des Reichstags, der jetzt provisorisch im Reichstagsgebäude wohnt, und ein größerer Festsaal. Das Präsidialgebäude soll mit Beginn der neuen Legislaturperiode bezogen werden. —

Partei-Nachrichten.

„Die Hütte“, die im Verlage von S. Wallisch zu Dresden erscheinende Zeitschrift für das Volk und seine Jugend, liegt nunmehr in sieben Heften vor. Es ist ein eigenartiges Unternehmen, mit dem der Dresdener Verlag da an die Öffentlichkeit getreten ist, ein Unternehmen, das hundertfach verschieden ist von jener leichten und leichteren Litteratur, die sonst in der Form von Familienzeitschriften angeboten wird; vergleicht man literarisch die „Hütte“ mit diesen, so wird sie eigentlich zum Palast. Die Erzählungen sind mit Sorgfalt ausgewählt. Unter dem übrigen Stoff ist namentlich der Naturwissenschaft ein großer Raum gewährt, mit Recht; man weiß ja, wie sehr die heranwachsende Jugend gerade naturwissenschaftliche Schilderungen zu schätzen pflegt, wenn es dem Verfasser gelingt, eine populäre Form zu wählen. Auch der übrige Inhalt der Zeitschrift ist durchaus geeignet, anzuregen und emporzubeben und die Illustrationsbeilagen sind ohne Ausnahme kunstwerke. Es wäre zu wünschen, daß die „Hütte“ im Proletariat einen Anhängerkreis gewinnt, der nicht nur gestattet, das Unternehmen in der bisherigen Weise fortzuführen, sondern es womöglich noch weiter auszubauen. Ueber die

dazu geeigneten Kräfte verfügt das Blatt zweifellos. — Für Leser, die die „Hütte“ noch nicht kennen, sei bemerkt, daß das Blatt am 1. und 15. jeden Monats erscheint und pro Heft 25 Pf. kostet.

Als Reichstags-Kandidaten wurden in Parteiverfassungen aufgestellt: für Köln-Stadt Arbeitersekretär Hofrichter, für Köln-Land Redacteur Dr. Erdmann, für Mülheim-Bipperfurch Verleger Giesbach. — Für den 9. württembergischen Wahlkreis (Walingen-Tuttlingen) wurde Arbeitersekretär Rattat in Stuttgart aufgestellt.

Partei-Prese. Im Wahlkreise Altona-Ferloh ist seit dem 1. Juli an Stelle der „Volktribüne“ die Elberfelder „Freie Presse“ als offizielles Partei-Organ eingeführt.

Nachahmender Eifer. Die erste Probenummer der „Volkzeitung für das Muldenthal“ wurde am Sonntag in 27000 Exemplaren verbreitet. An der Verbreitung beteiligten sich nicht weniger als 800 Genossen, darunter 400 aus Leipzig.

Schweizerische Partei-Prese. In die Redaktion des socialdemokratischen „Väster Vorwärts“ ist von der dortigen Prebunion der Genosse Hans Frey, Schriftsetzer, als zweiter Redacteur gewählt worden.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

— **Genosse Dr. Quard** in Frankfurt a. M. hat dieser Tage eine 2/3monatliche Gefängnisstrafe wegen Preßbeleidigung angetreten; 14 Tage davon zog er sich durch den Abdruck eines Chinabriefes aus dem „Vorwärts“, der u. a. r. e. m. damaligen Verantwortlichen nach Zurückweisung aller Weisandträge 7 Monate einbrachte. Protestieren müssen wir an dieser Stelle gegen das eigentümliche Verhalten der Staatsanwaltschaft unfrem Kollegen gegenüber. Demselben wurden zwar die reglementmäßig zulässigen Vergünstigungen, wie Selbstbeschäftigung, das Tragen eigener Kleider usw. gewährt, aber mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß es das Letzte Mal sei, wo dies geschehen werde! Wir meinen, auch die Staatsanwaltschaft sollte sich bei Gewährung oder Versagung dieser sogenannten „Vergünstigungen“ keine andere Richtschnur stecken, als wie sie die Gefängnisordnung vorseht. Diese spricht zwar nur davon, daß diese Vergünstigungen dem Gefangenen gewährt werden können und macht ihre Gewährung von einer Reihe von dem Gefangenen zu erfüllenden Vorbedingungen abhängig, als Ausschließungsgrund für die Vergünstigungen kennt die Gefängnisordnung aber nur Ehrlosigkeit; davon kann bei einem gefangenen Redacteur natürlich nicht die Rede sein. — Man darf sich nicht wundern, daß, wenn die vorgelegten Behörden sich für berechtigt halten, einen Redacteur in Gefängnisleitung zu stecken und als für ihn geeignete Beschäftigung etwa das Wergzupfen ansetzen, untergeordnete Beamte den so Behandelten dann gefesselt über die Straße führen. Die parlamentarischen Erörterungen des Falles werden aber spurlos vorübergegangen zu sein, und es wird nichts andres übrig bleiben, als daß diese Materie einmal gefeglih von Reichs wegen geordnet wird.

— **Beschlagnahme** wurde die Sonnabendnummer der „Königsberger Volkszeitung“ wegen eines Artikels, der das Verhalten der Reichsregierung gegenüber der Arbeitslosigkeit kritisierte. —

— **Freiwillige und Justizpflege.** Am 13. Februar d. J. hatte die „Weltliche Volksz.“ behauptet, daß die Entlohnung eines Bauarbeiters bei den sogenannten Koßlandsarbeiten auf den Kolonnenführer Strohsfeld zurückzuführen sei. Dieser habe den Bauarbeiter F. bei seinem Arbeitgeber als Aufwiegler bezeichnet, nachdem die Bauarbeiter gemeinsam gegen eine Lohnherabsetzung bei diesen Koßlandsarbeiten protestiert hatten. Strohsfeld, der Vorsitzender des Ausbreitungsverbandes der Gewerkschaften und Vorstandsmittelglied im „Freiwilligen Verein“ ist, strengte gegen den entlassenen Bauarbeiter F. und gegen Genossen Müller, als mutmaßlichen Verfasser der Notiz, die Privatklage an. Die Klageschrift ließ er von dem Rechtsanwalt Sommer anfertigen, der gleichfalls Vorstandsmittelglied im Wahlverein der freistimmigen Volkspartei ist. Herr Sommer beantragte Ladung des Verlegers Schütz und der Redacteurs Drubus und Böde für den Fall, daß Genosse Müller die Verfasserschaft abstreift, obwohl im Reichstag die freistimmigen Abgeordneten das Zeugnis-Zwangsverfahren gegen Verleger und Redactoren als unmoralisch verurteilten. Der Antrag erledigte sich, da Genosse Müller sich in der Erklärung an das Amtsgericht zur Verfasserschaft bekannte, den Wahrheitsbeweis anzutreten bereit war und im übrigen die Klage als eine überflüssige Belastigung der Richter bezeichnete. Es kam zu zwei Terminen, in denen festgestellt wurde, daß der Bauarbeiter F. nicht der „Aufwiegler“ war, daß aber sein damaliger Arbeitgeber behauptet hatte, daß St. den F. als Aufwiegler denunziert habe. Der betreffende Arbeitgeber beschwor ferner, daß Strohsfeld auf seine Anfrage, ob F. der Aufwiegler sei, sich in Zustimmung dem St. geäußert habe, während St. mit dem Protest der Leute gar nichts zu thun hatte. Da Genosse Müller auf einen Vergleich nur einging unter bedingungsloser Zurücknahme der Klage und Uebernahme sämtlicher Kosten durch Strohsfeld, so blieb letzterem nichts andres übrig als dies zu thun. Der Führer der hiesigen Gewerksvereiner à la Düsseldorf dürfte mit diesem Prozeß seinem Ausbreitungsverband 120—150 M. Loder gemacht haben. Die Klage endigte mit einem Triumph unserer Genossen, trotzdem der freistimmige Rechtsanwalt Sommer in seiner Anklageschrift dem Gericht mitgeteilt hatte:

„Privatkläger ist selbst Arbeiter und zugleich Vorsitzender einer Arbeiterorganisation, die eine Verbesserung etc. auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschafts-Ordnung erstrebt im Gegensatz zu den beiden Privatklägern, die auf dem Boden der Socialdemokratie stehen.“

Ob die Stellung Strohsfelds als Staats- und Gesellschaftskläger durch den Ausgang des Prozesses festgestellt wurde?

— **Ein acht sächsisches Versammlungsverbot** wird wieder einmal, diesmal aus Delsniz i. G., bekannt. Dort wurde eine Versammlung, in der Frau Räßler sprechen sollte, mit Rücksicht auf die — Landestraser verboten. Es ist gewiß ein Alt schmeichelhaftes Kompliment der sächsischen Behörde gegen unsre Genossin Räßler, daß man es als ein Vergehen betrachtet, ihr zuzuhören; wir befürchten nur, daß die Verantwortlichen der Versammlung diese Galanterie nicht zu schätzen wissen und gegen das ungelegliche Verbot Beschwerde führen werden.

Aus Industrie und Handel.

Auflösung des Düsseldorf-Roheisen-Syndikats. Während von einem Teil der Presse noch immer Nachrichten über eine angebliche weitere Vesserung des rheinisch-westfälischen Eisenmarkts gebracht werden, kommt aus Köln die Meldung von der Kündigung des Düsseldorf-Roheisen-Syndikats. Zwar wird von der „Kölnischen Zeitung“ zur Motivierung dieses Schritts erklärt, es sei beabsichtigt, das Syndikat in anderer Form wieder auflieben zu lassen, nämlich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung, doch ist dieser Mitteilung kaum Gewicht beizumessen. Wie schon verschiedentlich betont wurde, hat der Abzug der Hochofenwerke sich in letzter Zeit sehr unbefriedigend gestaltet, und dazu kommt, daß die Frage der Ausfuhrprämien stetig steigende Verlegenheiten verursacht.

Der Anstoß zu dem Auflösungsbeschlusse dürfte vom Siegerländer Roheisen-Syndikat ausgegangen sein, das unter noch ungünstigeren Verhältnissen stand, wie das Düsseldorf-Roheisen-Syndikat und sich deshalb ebenfalls auflöst. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt dazu: Wie wir aus gelegentlicher Quelle erfahren, ist heute der Verein für den Verkauf von Siegerländer Roheisen (Siegerländer Roheisen-Syndikat) gelündigt worden. Der Vertrag der im Düsseldorf-Roheisen-Syndikat vereinigten Werke läuft bekanntlich ebenfalls mit Ende dieses Jahres ab. Wenn das Syndikat daher über den 31. Dezember hinaus fortbestehen soll, muß eine neue Verständigung unter den Mitgliedern der beiden Vereinigungen erfolgen, da kein Mitglied

Viertes Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

München, 1. Juli 1902.

Zu der heutigen Sitzung referierte M. Schiffer-Krefeld über den Antrag der gewerblich tätigen Frauen. Der Redner schlägt eine Resolution vor, die fordert: Herabsetzung des Maximalarbeitstages für Arbeiterinnen von 11 auf 9 Stunden; die Mittagspause soll für alle Arbeiterinnen auf mindestens 1 1/2 Stunden festgesetzt werden; Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen in Häften- und Bergwerken, im Baugewerbe, sowie in Betrieben, die in sanitärer und fittlicher Hinsicht Gefahren bieten; die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung und der gesamte gesetzliche Arbeiterinnenschutz sind nach Möglichkeit auf die Hausindustrie zu übertragen; den Arbeitgebern ist zu verbieten, ihren Fabrikarbeitern nach beendigter Arbeitszeit Beschäftigung mit nach Hause zu geben; Einschränkung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen und zwar zunächst Einführung des Achtstundentages, der allmählich durch Halbtagbeschäftigung ersetzt werden soll; den Gewerbe-Inspektoren sollen möglichst überall Assistenten und Assistentinnen aus dem Arbeiterstande an die Seite gestellt werden; ferner sei zu erklären, daß die gewerkschaftliche Organisation der gewerblich tätigen Frauen eine zwingende Notwendigkeit sei; innerhalb der Organisation soll baldigst eine hinreichende Zahl von weiblichen Vertrauenspersonen ernannt werden, die den Vorständen zur Seite stehen; für jugendliche Arbeiter ist das gesetzliche Schutzwort von 16 auf 18 Jahre heraufzusetzen und die gesetzlich zulässige tägliche Maximal-Arbeitszeit auf 9 Stunden (für Arbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren auf 8 Stunden) zu reduzieren.

Nach einer langen Debatte wird die Resolution mit einigen Modifikationen angenommen, deren wesentlichste darin besteht, daß der Maximalarbeitsstag für Arbeiterinnen nicht auf 9, sondern auf 8 Stunden herabgesetzt werden soll.

Der Dienstagvormittag ist reserviert für die Generalversammlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Zunächst wird über den Vorschlag verhandelt, einen Generalsekretär des Gesamtverbandes und einen Sekretär für Mittel- und Süddeutschland anzustellen. Brust empfiehlt als Generalsekretär Herrn Stegerwald in München, der 2400 Mark Gehalt bekommen soll. Als Sekretär für Mittel- und Süddeutschland wird Giesberts-Freidung vorgeschlagen.

Die Anstellung des Generalsekretärs und des Sekretärs wird nach längerer Debatte genehmigt.

Der Rechenschaftsbericht liegt gedruckt vor und weist bei einer Einnahme von 10137 M. eine Ausgabe von 5777 M. auf. Brust schlägt noch bei, der Ausschuss sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß es unmöglich sei, mit Wieser weiter zusammen zu arbeiten. — Giesberts berichtet über die mit Wieser bestehenden Differenzen. Letzterer habe im Ausschuss friedlich mit den andern zusammengetagt, während er schon einen heftigen Angriffskrieg wegen der Zollfrage in die Presse gegeben hatte. Wegen dieses Benehmens, nicht wegen der Zollfrage, über die man recht gut anderer Meinung sein könne, seien die heftigen Auseinandersetzungen entstanden, die nicht aufhörten, zumal Wieser mit persönlichen Verdächtigungen geantwortet habe. Er rate nicht zum Bruch; aber zum weiteren Zusammenarbeiten fehle doch das nötige gegenseitige Vertrauen. — Gegenüber diesen Anschuldigungen, die auch von Schiffer-Krefeld und Wiedberg-Verlin unterstützt werden, hält Wieser daran fest, daß die Streitigkeiten von dem Momente datieren, da er in seinem Blatte gegen den Posttarif Stellung nahm. Dieser Artikel ging auch die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes etwas an. Aber Giesberts, Brust usw., die sich eben schon festgelegt hatten, mahnten sich an, diesen Artikel zu kritisieren. Gatten die Herren geschwiegen, dann wäre der ganze Streit nicht entstanden. Es wurde damals behauptet, daß die christlichen Arbeiter für die Zollherabsetzungen seien. Als Arbeiterführer habe er es für seine Pflicht gehalten, in seinem bekannten Artikel gegen diese Auffassung zu protestieren. Es seien nur Kleinigkeiten, die das ganze Anlagematerial gegen ihn bilden. Wenn er geschrieben habe, die Arbeiter sollen sich in Zukunft ihre Vertreter selber aussuchen, so beziehe sich das auf die politische Vertretung, nicht, wie willkürlich behauptet werde, auf die gewerkschaftliche Vertretung. (Rufe: Sehr richtig!) Giesberts habe keinen Grund, das auf seine Person zu beziehen. Seine scharfe Stellungnahme gegen die Zollpolitik sei beeinflusst gewesen durch die Ausstreunungen der agrarischen und sozialistischen Presse, nach alledem solle man die Sozialpolitik opfern, es handle sich also um ein antisozialistisches Bündnis der Junker und Sozialisten. Er habe nur seine Pflicht als Gewerkschaftsredakteur getan, wenn er den Volkstendenzen unter den Arbeitern ein Spiegelbild der Zollparteien vorkiel. In einer Versammlung in Köln habe Giesberts auf Interpellation eines Hirsch-Dumderfschen Arbeiters erklärt: „Als Gewerkschaftler müsse er eventuell gegen die Zollherabsetzung, als Politiker dafür sein.“ (Giesberts bestreitet dies.) Er habe gar kein Interesse daran, wieder in den Ausschuss zu kommen; er sei sicher, daß es dort auch ohne seine Anwesenheit fortwährend zu Differenzen kommen werde, dafür bürge schon Brust, dessen diktatorisches Vorgehen der ganzen Bewegung schade.

Elertkamp-Blippe bekennet, daß er bezüglich des Posttarifs selbst die Anschauungen Wiesers teile. Aber auf Grund des Münzgeringens gehöre die Sache nicht in die Gewerkschaften. Wiesers Vorgehen habe einen Teil der Ziegler zu der Meinung gebracht, daß die Zollfragen auch im Zieglerverband behandelt werden sollen. Es habe darüber beinahe einen völligen Bruch gegeben.

Giesberts bestreitet in seinem Schlusswort, daß er in der Versammlung in Köln die von Wieser eintretende Aenderung gethan habe. Er habe nur geäußert, als Gewerkschaftler behandle er diese Frage nicht, wohl aber als Redakteur der „West-Arbeiterzeitung“, die durch die sozialistischen Arbeitervereine herausgegeben wird.

Brust wiederholt nochmals seine Forderung, es sei nicht möglich, mit Wieser zusammenzuarbeiten. Wenn das den Bruch bedeute, dann in Gottes Namen und wenn es sich der Zusammenbruch der jetztigen Metallarbeiter-Gewerkschaft sei, die nächste werde anders anschauen. Man werde den Metallarbeiter-Verband des Siegerlandes centralisieren und diesem sollen sich dann die Metallarbeiter anschließen.

Beck schlägt vor, zur Vermeidung eines Bruchs solle Wieser freiwillig verzichten und einen andern in den Vorstand vorschlagen. (Veholter Beifall.) Brust opponiert heftig dagegen und weigert sich, Wieser das Wort zu einer persönlichen Bemerkung zu geben. (Heftiger Widerspruch.) Wieser erhebt das Wort und erklärt, daß er auf eine Vertretung seines Verbandes ganz verzichte, deswegen könne doch der Zusammenhang mit dem Gesamtverband bestehen bleiben.

Stegerwald stellt die Bedingung, wenn man auf diesem Vorschlag eingehen solle, müsse der Ausschuss vollständig freie Hand erhalten, daß er sofort mit einer Neu-Wahlung beginnen könne, wenn Wieser wieder zu „Känkern“ anfangen.

Nach langem Hin- und Herreden erklärt Wieser, er sei damit einverstanden, wenn Anops-Altenessen als Vertreter des Verbandes angenommen werde. Beliebigt habe er niemand und habe deshalb auch nichts zuzusagen. Nach unzähligen Erklärungen stellt Brust die Abstimmungsfrage, wenn nicht eudämonisch Schluß gemacht werde.

Der Antrag, ein Schiedsgericht einzusetzen, wird darauf abgelehnt.

Die Neuwahl des Gesamtvorstandes wird, da Brust davon gelaufen ist, auf Mittwoch früh vertagt.

Prozeß Sanden und Genossen.

In der heutigen Sitzung wird zunächst Ratzzimmermeister Kraus als

Sachverständiger über Grundstückswerte

vernommen. Er soll ein Gutachten über den Wert der 13 Grundstücke abgeben, die bei der Nachlassregulierung des verstorbenen Direktors Heinrich Sanden in Betracht kommen. Der Sachverständige Oliver hatte den Verkaufswert derselben für das Jahr 1896 total mit 2 872 000 M. ermittelt. Die gerichtlichen Wertungen derselben vom 15. März 1896 betragen in Summa 2 845 153 M. und die zum Inventar der Sandenischen Erbschaftsmasse unter dem 29. März 1899 dem Vormundschaftsgericht angegebenen Werte derselben betragen in Summa 3 124 000 M. Die Grundstücke sind aus dem Nachlass des verstorbenen Heinrich Sanden im Jahre 1896 an die Neue Berliner Baugesellschaft verkauft worden zu einem Preise von 3 684 000 M. mit Konfiskation oder 3 812 400 M. ohne dieselbe. Die Anlage behauptet hiernach, daß dieser Preis ein angemessener nicht gewesen ist und beschuldigt deshalb die Angeklagten Otto Sanden, Alexander Hänfäke und Eduard Sanden der Untreue. Das Gutachten des Sachverständigen Kraus, welches derselbe in Uebereinstimmung mit dem Archivar Rode abgibt, stimmt darin, daß der Sachverständige Oliver seiner Tage nur die tatsächlich vermieteten Wohnungen zu Grunde gelegt habe, während er die überhaupt vermietbaren Wohnungen hätte zu Grunde legen müssen. Danach erhöhen die Sachverständigen den Verkaufswert der Grundstücke auf 3 084 800 M.

Justizrat Wronker fragt, ob sich im Schoße des Gerichtshofes vielleicht schon eine Meinung gebildet habe.

wann der Schluß dieses Prozesses zu erwarten sei.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Heidrich: Ich habe noch immer die stille Hoffnung, in dieser Woche mit der Beweisaufnahme fertig zu werden. — Justizrat Wronker: Die Postkassette hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. — Vors.: Jedenfalls hoffe ich doch noch immer, bis zum 15. Juli ganz fertig zu werden.

Gaule Unternehmungen.

Die nächsten Stunden der Verhandlung gelten der Prüfung des Wertes der Objekte und Forderungen, welche die Firma Anhalt und Wagner der Kreditgesellschaft zur Verbesserung, Ausbarmachung und Liquidation überwiehen hatte. Diese Werte waren von Anhalt und Wagner mit 14 208 554 M. eingeschätzt worden, nach der Anlage sollen sie auf höchstens 1 500 000 M. zu schätzen sein. Es befinden sich unter diesen Objekten: Grube und Hüttenwerke Offenbach, das Pharmawerk Als Dalmag, das Torfwerk Heilenbach, Aktien der Compagnie du Gaz in Konstantinopel, Aktienbrauerei Reichshofen, Compagnie des Gaz Stutart, Aktien der Wolgaster Aktiengesellschaft für Holzbearbeitung etc. etc.

Der Junge Toppel hat für die Zwecke der Liquidation am 4. April 1901 eine Schätzung dieser Werte vorgenommen und ist auf eine Summe von 3 590 144 M. exkl. Stutari gekommen. Er hat dabei die Werte so berechnet, wie sie bei einem schnellen Verkauf zu erzielen wären.

Der Junge Direktor Conig hat auf Grund der Aktien-gesellschaft eine Lage gemacht, die von der Toppelischen Lage, namentlich bei den großen Objekten, wesentlich abweicht. Seine Schätzung hatte das Ziel, der Aktiengesellschaft eine Basis zu geben, wie sie die Anhalt u. Wagnerschen Werte in die Bilanz zu stellen habe. Er hat diese Schätzungen auf Grund seiner eigenen Sachkunde, seinen Erfahrungen und nach soliden kaufmännischen Grundzügen vorgenommen und ist zu einer Schlußsumme von nur 1 Million Mark gekommen.

Jedes einzelne dieser Objekte (78 an der Zahl) wird eingehend geprüft und bei jedem einzelnen legen die Jungen Conig und Toppel die tatsächlichen Verhältnisse und die Berechtigung ihrer Lage dar.

Die Erörterungen über die einzelnen Wertobjekte sind sehr eingehende und zeitigen von einander stark abweichende Anschauungen, wobei die Verteidiger immer wieder den Standpunkt einnehmen, daß die Angeklagten subjektiv die Ueberzeugung hätten haben dürfen, daß die Objekte den Wert hätten, mit den sie eingeschätzt worden.

Junger Direktor Conig bekundet, er kenne Eduard Sanden seit langen Jahren und habe ihn immer als einen sehr thätigen, rigorosen Geschäftsmann kennen gelernt, der allerdings ein solofaler Optimist gewesen sei. Von Anfang an, seit den achtziger Jahren, habe er versucht, eine unhaltbar gewordene Sache dadurch zu halten, daß er immer neue Werte zu schaffen suchte und immer ein Loch aufmachte, um ein anderes zuzustopfen. Wenn die „Frankfurter Zeitung“ nicht gekommen wäre, wäre die Sache vielleicht noch eine Weile weiter gegangen, bis dann aber doch die Katastrophe hätte eintreten müssen. Eduard Sanden zählte immer auf den Eintritt irgend eines unverhofften Glücksfalles, wodurch die ganze Sache gehalten werden konnte. Er glaubte auch nicht, daß die verschiedenen Dividenden konfiskiert worden sind, um daraushin Zantieren zu nehmen, sondern um nach außen hin keinen Verdacht zu erregen. Eduard Sanden habe die ganze Bank dirigiert, die andern seien ihm blindlings gefolgt.

Gondelrichter Emil Salomon äußert sich über den

Zustand beim Zusammenbruch der Preussensbank

und über die Grundzüge, welche bei der Sanierung in Anwendung gekommen sind. Als die Revisionskommission in ihre Thätigkeit eintrat, sei ihr in erschreckender Weise klar geworden, daß die Fiktion der Bilanz und der Geschäftsbücher nicht eine solche war, wie man es bei einem so großen Institute erwarten konnte. Es zeigte sich ein in einander greifendes der verschiedenen Institute, es mangelte an der erforderlichen gegenseitigen Kontrolle der einzelnen Organe und an einer ausreichenden Verwahrung der Gelder. Sodann ergab sich ein harter Geldbedarf und die Revisionskommission kam bald zu der Ueberzeugung, daß es sich bei der Bank um eine Zahlungsstörung handelte. Von allen Seiten trat man mit Zahlungsanträgen in hohen Summen an die Revisionskommission heran und die Situation war eine überaus schwierige, da man auf Schritt und Tritt auf Mißwirtschaft traf und eine Ueberlastung über die Verpflichtungen der Bank nur äußerst schwer zu schaffen war. Der Junge erörtert diese einzelnen Momente eingehend und erläutert die Gesichtspunkte, die bei den vorgenommenen Abrechnungen maßgebend gewesen seien. Man habe sich selbstverständlich absolut nicht demüht, eine Interdiktum herauszuredern, sondern dieselbe habe fallisch bestanden und er könne nur versichern, daß die Liquidationsbilanz pro 31. Dezember 1901 nach bestem Wissen und Gewissen und nach den Grundzügen kaufmännischer Kenntnis angefertigt worden sei. Der Junge begründet die einzelnen Positionen der Bilanz und des Gewinn- und Verlust-Kontos.

Nach diesem umfangreichen Vortrage wird die Sitzung am Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Die Parteigenossen in Nieder-Schönebeck machen darauf aufmerksam, daß das Lokal Restaurant Haffelwerder, Inhaber Hengel, für die Arbeiterkassette gesperrt ist. Trotz alledem wollen die Arbeiter der Elektrizitäts-gesellschaft „Union“ in dem Lokal ein Fest abhalten. Dies Verhalten ist um so mehr zu verurteilen als Herr Hengel in schroffer Form alle Bemühungen der Lokalkommission, das Lokal freizubekommen, zurückgewiesen hat. Wer in Lokalangelegenheiten des Ortes interessiert sein will, wird ersucht, sich bei Ch. Hofmann, Haffelwerderstraße 4, Nieder-Schönebeck zu melden.

Die Arbeiter der Fabrik von Pfeiffer u. Drudenmüller in Schöneberg unternehmen am Sonntag, den 12. Juli, eine

Landpartie nach dem Restaurant „Schloß Zegele“. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Wirt des Lokals seinen Saal der Arbeiterkassette zu Versammlungen verweigert.

Die Lokalkommission.

Parteigenossen und Genossen zur Nachricht, daß am Freitag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, auf dem Bod. Fideiuststraße 2, eine Versammlung stattfindet, in welcher Genosse D. Ströbel einen Vortrag halten wird.

Zweiter Reichstags-Wahlkreis. Die Parteigenossen werden ersucht, sich Sonntag früh 7 Uhr recht rege an der Flugblatt-Verbreitung zu beteiligen. Die Genossen haben sich in folgenden Lokalen einzufinden: Berner, Hagelsbergerstr. 2; Vorgfeld, Archstr. 35; Thomjen, Mittenwalder- und Queisenerstrassen- Ecke; Lindemann, Moritzstr. 9; Fischer, Voedstr. 7.

Weihensee. Parteigenossen, die sich Sonntag an der Kontrolle beim Volksfest im Schloß Weihensee beteiligen wollen, werden ersucht, heute abend bei Gary, Leberstr. 5, zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Lokales.

Die Verteuerung der Extrazugfahrten.

Die Extrazugfahrten sind Jahrzehnte hindurch in Berlin ganz außerordentlich beliebt gewesen. Nach Westfal und Oberwalde, Freiental und Thon, nach Stettin, nach Stuhnenlande und der sächsischen Schweiz, nach dem Riesengebirge und weiter hinaus nach Süddeutschland ergoß sich in jedem Sommer ein Strom von Ausflüglern und Reisenden, die die ihnen gebotene verhältnismäßig billige Fahrgelegenheit gern benutzten und dafür die mancherorts Unbequemlichkeiten, die mit solchen Extrazugfahrten verbunden sind, geduldig in den Kauf nahmen.

Zugunsten ist das anders geworden. Die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Ausflüglertarife hat die unerwünschte Nebenwirkung gehabt, daß gleichzeitig die Extrazugfahrten, soweit sie bisher noch beibehalten worden sind, in recht fühlbarer Weise verteuert worden. Bei manchen Extrazügen ist der Fahrpreis ja schon früher erhöht worden, bei denen nach der sächsischen Schweiz schon vor mehreren Jahren; andre Extrazugfahrten aber sind erst in neuester Zeit verteuert worden. Die Folgen dieser Tarifpolitik haben sich denn auch rasch gezeigt: Die Benutzung der Extrazüge ist sofort bedeutend zurückgegangen. Die Züge nach Stettin z. B. sind jetzt so schwach besetzt, wie noch nie, und die Züge nach Oberwalde, Freiental usw. zeigen gleichfalls eine merkliche Abnahme des Verkehrs.

Wir halten diese Wirkung der Extrazugverteuerung für sehr bedauerlich. Die „Reform“, die man sich da wieder einmal gewünscht hat, wäre zur Not begreiflich bei längeren Extrazugfahrten, für die die Billets auf viele Tage oder auf Wochen hinaus Gültigkeit haben. Hier kommt es in der That nicht so sehr darauf an, ob das Billet ein paar Mark mehr oder weniger kostet; denn hier bilden die Kosten der Fahrt nicht die Hauptausgabe. Aber bei kürzeren Ausflügen von wenigen Tagen oder gar nur von einem Tage muß sich eine Verteuerung der Fahrt recht unangenehm fühlbar machen. Nach Stettin, das wir als Beispiel herausgreifen wollen, fuhr man früher hin und zurück für 3 Mark, heute kostet eine eintägige Extrazugfahrt 5.40 Mark. Das ist selbst für den, der außerdem noch denselben Betrag für Heizung usw. ausgeben kann und will, ein recht erheblicher Unterschied. Den vielen andern aber, die sich den Tag über aus ihrem „Bretzlober“ beschäftigen, wird durch die Erhöhung des Fahrpreises von 3 Mark auf 5.40 Mark die Benutzung dieser Extrazüge zumeist unmöglich gemacht.

Die Extrazugfahrten waren bei den früheren Preisen erfreulicherweise auch für manchen weniger Bemittelten, für manchen Arbeiter ein nicht völlig unerreichbarer Genuß. Gewissen Kreisen, die bei jeder über einen bloßen Spaziergang hinausgehenden Erholung der Arbeiterbevölkerung sofort von Vergnügungssucht reden, mag die Verteuerung der Extrazugfahrten insofern ganz erwünscht sein, als sie die weniger Bemittelten von unnützen Geldausgaben abhält. Mit solchen Leuten ist natürlich nicht zu streiten. Wer aber gerecht urteilt, der wird zugeben müssen, daß diesen Extrazugfahrten ein Bildungswert innewohnt, den man nicht hoch genug anschlagen kann. Durch die Verteuerung der Fahrpreise wird vielen Berlinern entweder überhaupt die Möglichkeit genommen, von Deutschland nach etwas mehr als die Obersee und die Havelgegend kennen zu lernen, oder aber sie werden genötigt, sich den kostspieligen Genuß eines über die nächste Umgebung Berlins hinausreichenden Ausfluges für ein Lebensalter aufzusparen, in welchem sein bildender Einfluß bei weitem nicht mehr in derselben Weise wie in den jüngeren Jahren zur Geltung kommt.

Die erste Kostenrechnung der Milchzentrale wird jetzt von

Herrn Ring-Düppel präsentiert. Unmittelbar nach der letzten Generalversammlung ist den verschiedenen in Liquidation befindlichen bäuerlichen Milchverwertungs-Genossenschaften eine formularmäßige Zahlungsaufforderung zugegangen, worin in jedem einzelnen Falle mehrere Tausend Mark für die Milchzentrale verlangt werden. Wenn die Milchzentrale aus verschiedenen Gründen der großen Menge ihrer Genossenschaftler noch nicht kund gibt, was das große Unternehmen des Milchzuges und Milchbringens bisher bar gekostet hat, so war sie durch die strengen Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes gezwungen, den liquidierenden Genossenschaften gegenüber aus ihrer Reserve herauszutreten. Die Annahme ihrer Forderungen muß nämlich hier nach gesetzlicher Vorschrift vor Beendigung der laufenden Liquidation und vor Ablauf des Sperrjahres erfolgen, auch wenn eine ziffernmäßige Festlegung der Höhe des definitiven Schuldenanteils seitens der Centrale noch nicht anständig ist. Die Summen, die Herr Ring-Düppel beispielsweise in zwei Mahnschreiben von verschiedenen liquidierenden Genossenschaften beansprucht, beziffern sich jedesmal auf 9205 M. Diese Summen geben den Brigen noch um Mischung verbleibenden Genossenschaftlern eine n leichtem Vorgeschnad dessen, was ihnen selbst in Zukunft bevorsteht. Nebenbei sei bemerkt, daß die bäuerlichen Genossenschaften, von denen Herr Ring je 9205 M. bar verlangt, im Durchschnitt aus 12 bis 15 kleinen Bädern und 1 bis 2 Banern-Subsidiären bestehen. Das Vorgehen der Milchzentrale dürfte das Signal dazu sein, daß sich auch die übrigen bäuerlichen Milchverwertungs-Genossenschaften beilen, ihre Liquidation zu beschließen. Die Milchzentrale muß die Auflösung dieser Genossenschaften ruhig hinnehmen. Nach den Bestimmungen des Gesetzes hat sie keinerlei Recht, den Liquidationsbeschlüssen der ihr gehörigen Genossenschaften zu widersprechen. Die Großgrundbesitzer, die an der Idee des Milchzuges noch immer eifrig festhalten, haben sich in einzelnen Fällen vergebens bemüht, den bäuerlichen Genossenschaften die unrichtige Meinung beizubringen, diese dürften ihre Liquidation erst beschließen, nachdem sie die Centrale wegen deren Forderungen befriedigt oder sichergestellt hätten. Wei den nunmehr bevorstehenden Prozessen zwischen der Centrale und ihren ehemaligen Genossenschaftlern wird aber noch eine zweite in der letzten Generalversammlung gestellte Frage akut werden, nämlich: ob die Centrale ihre Forderungen den liquidierenden Genossenschaften gegenüber auch betreiben kann. Die bäuerlichen Genossenschaften haben es zumeist absichtlich unterlassen, ehe sie in Liquidation traten, eine Erhöhung der Summe ihrer eigenen Mitglieder zu beschließen.

Infolgedessen haben diese Genossenschaften nicht die geringste Möglichkeit, selbst wenn gegen sie Urteile ergehen sollten, ihre eigenen Mitglieder zur vollen Befriedigung der Centrale heranzuziehen. Die bürgerlichen Mitglieder haben ihre sehr niedrigen Anteilsummen längst eingezahlt, und diese Summen sind auch längst ausgegeben. Zu weiteren Zahlungen über die ganz niedrigen Postsummen hinaus sind aber die bürgerlichen Mitglieder der Genossenschaften statutenmäßig absolut nicht verpflichtet und sie können deshalb, nachdem die Liquidation einmal beschlossenen, allen weiteren Schritten der Milchkentrale in zentraler Gemütsruhe entgegensehen. Das ist der Grund, weshalb die verschiedenen Mahndreie der Milchkentrale wieder einmal eine recht bedeutende Stelle in dem wirtschaftlichen Aufbau des Milchringes einnehmen.

Kinderspiele. Der in der Arbeiterschaft in gutem Ruf stehende Turnverein „Fichte“ hat es unternommen, während der Sommerferien Kinderspiele zu veranstalten. Der Verein macht darauf aufmerksam, wie wenig der Proletariatjugend in Berlin Gelegenheit zum Spielen gegeben ist, wie selbst die Rektoren sehr vieler Gemeindefschulen sich weigern, die Schulköfe der Jugend frei zu geben. An die Eltern und Vormünder ergeht daher die Bitte, das Vorhaben des Vereins dadurch zu unterstützen, daß sie soweit als möglich mit ihren Kindern zu den vom Verein veranstalteten Spielen kommen. Die Spiele finden statt an den Sonntagen dieses Monats, also am 6., 13., 20. und 27. Juli, vormittags von 9 bis 11 Uhr. Es können daran Knaben und Mädchen teilnehmen. Die Spielplätze des Vereins befinden sich im Nordost-Bezirk auf dem Sportplatz Friedrichshain. Treffpunkt: Landsbergerplatz am Kriegereck. Im Südost-Bezirk auf dem Spielplatz im Treptower Park. Treffpunkt: Ober-Friedrichsbrücke am Schloßpark. Im Nord-Bezirk auf dem Spielplatz „Jungfernhöhe“ beim Förster Schulz. Treffpunkt: Bahnhof Weißelstraße. Treffzeit für alle Bezirke vormittags 8 1/2 Uhr.

Wahregelungen von Arbeitern der Englischen Gasanstalt. Aus dem Verbandsbureau der städtischen Arbeiter erhalten wir folgende Zuschrift: Die Imperial Continental Gas-Association, deren Vorgehen erst neulich gekennzeichnet wurde, fährt fort, bei ihren Entlassungen die organisierten Arbeiter zu „bevorzugen“. Am vergangenen Sonntag sind wiederum gegen 15 Mann auf dem Werke in Mariendorf für ihre Zugehörigkeit zur „Verbesserungsgesellschaft“ — wie sich der auszählende Beamte recht geschmackvoll auszudrücken beliebte — mit der Entlassung bestraft worden. Ihr ganzes Verbrechen bestand darin, daß sie sich im Verband aufnehmen ließen; dies wurde dem Herrn „Obermeister“, der früher auch als Arbeiter zu den unangenehmsten Elementen gehörte, von seinen Jüngern überbracht und die Folge dieser Verrätereie ergab sich von selbst. In welcher Weise diese Maßregel betrieben wurde, geht daraus hervor, daß man einem entlassenen Arbeiter, der bereits 1 1/2 Jahre an dem Betriebe tätig war, auf seine Frage nach dem Grund der Entlassung die Antwort gab: „Weil Sie der jüngst angefangene Arbeiter sind!“ Und das, trotzdem schon Dutzende nach ihm eingestellt worden sind. Auch auf dem Gaswerk in Schöneberg verlangte der leitende Ingenieur die Entlassung der „Hege“, worauf ihm von dem Inspektor die lausische Antwort wurde, daß man dann alle Leute entlassen müßte. Diese Antwort schien der Herr denn doch nicht erwartet zu haben und resigniert meinte er, „daß ja dann nichts zu machen sei“. Die Arbeiter der Englischen Gasanstalt werden sich natürlich trotz alledem nicht beirren lassen, nach wie vor versuchen, sich zu organisieren und für die Besserung ihrer Existenz einzutreten. Eigenmächtig ist es aber, wie bei dem vom Generalbevollmächtigten dieser Gesellschaft, Bankier Delbrück, dem Verbandspräsidenten gegebenem Zugeständnis, daß sich die Geschäftsleitung um das Tun und Lassen ihrer Angestellten durchaus nicht kümmern, die Beamten es wagen dürfen, im entgegengekehrten Sinne dieser in sehr bestimmter Form abgegebenen Zusicherung zu handeln.

Bei dem Gewitter am Dienstagvormittag säug der Blitz mehrfach in Fernsprüchleiten ein und beschädigte sie. Im Schauhause in der Hannoverschenstraße und im Institut für Staatsarzneikunde, das mit diesem unter einem Dache liegt, schoß unter einem kurzen Knall, wie von einem Revolver, eine Stichflamme aus dem Gebäude heraus. Die Sicherungen wurden zerstört, die Apparate unbrauchbar gemacht.

Ein eigenartliches Verbrechen hatte für seine Leute ein Einbrecher gewagt, der dieser Tage von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Auf die Frage, wo er geflohene Wertpapiere im Betrage von 4500 M. gelassen habe, wollte er zunächst keine Auskunft geben. Schließlich bekannte er aber doch, daß er sie in der Charlottenstraße hinter dem Schaukasten des Buchhändlers Dohow versteckt habe. Hier fand die Kriminalpolizei in der That die in einem Briefumschlag gesteckten Papiere.

Vom polnisch-preussischen Kriegsschauplatz. Eine polizeiliche Hausdurchsuchung fand gestern in der Druckerei des hiesigen Polenblattes, des „Dziennik Berlinski“, sowie in der Privatwohnung des Herausgebers Wrobel statt. Sämtliche aufgefundenen Exemplare eines im Verlage des „Dziennik“ erschienenen Sokol-Liederbuches sind auf Anordnung der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Die Polizei forschte auch nach einem zweiten polnischen Liederbuche, das in Posen, im Verlage der dortigen Zeitung „Praca“, herausgekommen ist.

Am Herzschlag verschied gestern vormittag der Schlosser Joseph Zwietsch, der bei der Firma Siemens u. Halske in Charlottenburg beschäftigt war. Zwietsch klagte, nachdem er auf seiner Arbeitsstätte angekommen war, über heftiges Unwohlsein, sein Zustand verschlimmerte sich so, daß schnell ein Arzt herbeigeholt werden mußte. Noch ehe Hilfe zur Stelle war, hatte ein Herzschlag dem Leben des 62 Jahre alten Arbeiters ein Ende bereitet.

Ein Opfer des Sonnenstichs ist der 36 Jahre alte Arbeiter Johann Kierock geworden, der auf dem Bahnhof Weißelstraße seit zwei Jahren als Verladener beschäftigt war. Als er am Montagmorgen um 5 1/2 Uhr von einem Eisenbahnwagen stieg auf einen Mittelwagen umstieg, brach er plötzlich zusammen und starb in einem Rettungswagen auf dem Wege nach dem Krankenhaus.

Verloren. Verbandsbuch, Streikliste, Krankenbuch und Invalidenliste ist dem Bauarbeiter Schömann, Chorinerstr. 23 wohnhaft, verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, die Bücher dort abzugeben.

Einem indischen Zauberer war gestern ein Berliner Hochstapler „über“. Draußen im Malabaren-Dorf auf der Madonnenbahn Kurfürstendamm produzierte sich einer der Indier in seinen Zauberkünsten, die ihm in den ersten Tagen seines Auftretens etwas über 10 M. „Zinkgeld“ einbrachten. Als er freudestrahlend seine Nidel zählte, trat ein feingekleideter Herr, der auf einem reservierten Platz gesessen hatte, zu ihm hin und sagte ihm auf englisch, ob er nicht lieber ein Goldstück dafür haben wolle. Der Zauberer bejahte diese Frage und schüttelte dem Fremden das ganze Kleingeld in die Hand. Letzterer entfernte sich mit dem Bemerkten, er werde sofort ein Goldstück aus seiner Wohnung holen — aber vergeblich wartete der leichtgläubige Zauberer auf die Wiederkehr des betrügerischen Geldwunders, der ein sehr gewiegter Hochstapler zu sein scheint.

Feuerbericht. Auch in den letzten 24 Stunden hatte die Wehr wieder zahlreiche Alarmierungen zu verzeichnen. Mittwoch früh kurz nach 6 Uhr wurde sie nach der Prinzenstr. 11 gerufen. Hier war auf dem Boden ein Brand ausgebrochen, der auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Es brannten Säcken, der Fußboden u. Glühbirnen. Die Wehr wurde rechtzeitig bemerkt, so daß die Wehr es in kurzer Zeit abblühen konnte. Es wurde indes festgestellt, daß der Brand mit Petroleum durchtränktem Papier böswillig angelegt war. Der Täter konnte jedoch noch nicht ermittelt werden. Dienstagabend 10 Uhr hatten in der Landsbergerstraße Gardinen und Kleiderstücke in einer Wohnung Feuer gefangen,

das bald abgelöscht werden konnte. Kurz vorher hatte die Wehr in der Kastanien-Allee 22 einen Kellerbrand zu beseitigen, der in der Hauptkammer Rufen und Verpackungsmaterial einschloß. Nachmittags wurde der öffentliche Feuerwehler auf dem Landsberger Platz böswillig gezogen, es gelang indes, des Täters habhaft zu werden und ihn zur Bestrafung der Polizei zu übergeben. Preßlohlenbrände, die durch Selbstentzündung entstanden, beschäftigten die Wehr auf dem Schleifischen Güterbahnhof und in der Paulstr. 21. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischenzeit noch Alarmierungen von der Spandauerstr. 56 und dem Friedrichshain 11 zu verzeichnen, die nur kleinere Brände betrafen.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Deputation stellte in ihrer letzten Sitzung die Durchfahrtsböhe unter den Brücken des Stichkanals, an dem jetzt weiter gearbeitet werden soll, endgültig fest. In den nächsten Tagen werden die Bedingungen für die Vergebung der Erdarbeiten angefordert werden.

Ein Stück älteres Rixdorf wird demnächst mit dem Straßenzugbahndepot in der Erststraße verschwinden. Das ziemlich ausgedehnte Terrain ist von einer Baugesellschaft erworben worden. Es sollen dort moderne Wohngebäude entstehen. Mit dem Abbruch der Schuppen, Ställe und sonstigen Baulichkeiten wird bereits begonnen, und an einer Stelle — Kolfer Friedrichstraße und Schönstedtstraße — werden schon Ausschachtungsarbeiten für einen Neubau vorgenommen.

Die Zusammenlegung der Grundstücke auf den Judenweiden, der Rixdorfer Laake usw., mit der sich kürzlich die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte, wird kräftig gefördert. Die Verhandlungen schreiten vorwärts, und der erste Vermessungsbericht der Generalkommission zu Frankfurt a. O. war auch bereits in Rixdorf, um die Vermessungsarbeiten vorzubereiten. Man nimmt an, daß im kommenden Frühjahr die Zusammenlegung und Neuverteilung der Grundstücke auf jenen Flächen beendet sein wird, womit dann die Vorbereitungen für einen neuen Stadtteil Rixdorf gegeben sind.

In Alt-Ostende haben unsere Parteigenossen bei der Nachwahl zur Gemeindevertretung einen bedeutenden Sieg errufen. Von den 180 abgegebenen Stimmen fielen auf unseren Kandidaten Vätermeister Stadelhof 151; der Kandidat der Bürgerlichen erhielt 28 Stimmen. Bemerkenswert sei, daß uns bei der Wahl alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, so verzerrte man uns konsequent eine Abschrift der Wählerlisten. Das überraschend günstige Resultat hat im gegnerischen Lager arg verschumpft.

Der Kreisrat des Kreises Teltow beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit einigen Vorlagen, welche auch für weitere Kreise von Interesse sind. Zunächst wurde der Bau eines schiffbaren Verbindungskanals zwischen dem Teltowkanal (Orlebnitz) und dem großen Wannsee beschlossen. Die Kosten sind auf 650 000 M. veranschlagt und sollen durch die Interessenten aufgebracht werden. Ferner stand ein Antrag zur Beratung über die Beteiligung des Kreises Teltow an dem Weiterbau der Rixdorfer-Mittewalder Kleinbahn nach dem Schöneberger Plan. Es wird beabsichtigt, diese Bahn, an welcher der Kreis bereits mit einem Aktienkapital von 200 000 M. beteiligt ist, weiter auszubauen, um ihr neue Einnahmequellen zu erschließen. Der Kreisrat beschloß, noch für 150 000 M. Aktien zu übernehmen. Die Firma Bering u. Wächter, welcher der Bau und Betrieb übertragen werden soll, leistet für dieses Kapital von 350 000 M. eine dreiprozentige Pensionsgarantie. Es liegt auf der Hand, daß durch diese beiden Projekte zahlreiche Ortschaften im Kreis einen bedeutenden Vorteil haben. Schließlich wurde noch der Bau einer Zuchtstation zur Erzeugung von Krankenpflegekräften für die Krankenhäuser des Kreises beschlossen. Als Domizil wurde Groß-Lichterfelde bestimmt.

Auch eine soziale That. Man schreibt uns aus Zehlendorf: Der Märkische Fortverein hat sich auf seiner 28. Jahresversammlung auch mit der Lage der Waldarbeiter beschäftigt. Wie allgemein bekannt, gehören die Holzarbeiter zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern. Diese Thatlage gab der Referent selber zu; man müsse daran denken, die Löhne dieser Arbeiter zu erhöhen, so führte er aus; auch bessere Fürsorge in Krankheits- und Unglücksfällen sei am Platze. Eine Entlohnung von 1,50 M. für den Winter, sowie 2,20 M. für den Sommer finde er deshalb nicht zu hoch. Der Korreferent Oberförster Dittmar-Gochzeit fand diese Sätze ebenfalls „nicht zu hoch“; er betonte noch, man müsse gut bezahlen, damit man die Landflucht hemme. Eine sonderbare Sache, diese Löhne als landfluchtshemmend zu bezeichnen! Öffentlich suchen auch die Waldarbeiter sich mit Hilfe einer tüchtigen Gewerkschafts-Organisation ein besseres Dasein zu erringen.

Zur Charakteristik der kommunalen „Socialpolitik“. In Spandau hatten, wie uns von dort geschrieben wird, bekanntlich die bürgerlichen Stadtverordneten jede Veräußerung zur Verringerung der Wohnungsmiet- und zur Steuerung der Arbeitslosigkeit von sich gewiesen, indem sie die entsprechenden socialdemokratischen Anträge rundweg ablehnten.

Zur größten Verwunderung unserer Genossen begründete nun der Stadtverordnete Fischer in der letzten Stadtverordneten-Sitzung die städtischen Arbeiterkreise mit der vorläufigen Armen-Geld um etwa 6700 M. damit, daß durch die „Arbeitslosigkeit“ (1) und durch den „Wohnungsmangel“ eine erhöhte Zuanpruchnahme der Armenmittel bewirkt worden sei. Einer unter Genossen machte sich das böseste Vergnügen, den Herrn zu fragen, wo her er denn jetzt plötzlich wisse, daß in Spandau „Wohnungsmangel“ und „Arbeitslosigkeit“ existiert habe. Das Vorliegen derselben sei doch seiner Zeit von allen Seiten bestritten worden, und man habe doch damals die socialdemokratischen Anträge in verständnisvoller Weise abgelehnt. Durch den allgemeinen Vorwurf der „Verständnislosigkeit“ schloß sich das Mitglied des Vorstandes, Stadt, Fahrrad, getrocknet, denn er protestierte heftig dagegen, indem er unter Genossen wiederholt unterbrach, ohne daß der Vorsteher diese Ungehörigkeit gerügt hätte. Das Maß des socialen Verständnisses in bürgerlichen Kreisen verriet aber Herr Fischer, indem er unsern nahezuweisen Genossen erwiderte: „Die Stadt habe sich um nichts weiter zu kümmern, als die Leute vor dem Verhungern (durch magere Armenbrot!) D. U.) zu schützen“!

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „die Arbeiterin in England und der Kampf um ihre sociale Befreiung“ sprach Eduard Bernstein am Montag, den 23. Juni, im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterschaft, worüber uns folgender Bericht angeht:

Auch in England, dem Mutterlande der Gewerkschaftsbewegung, so führte der Vortragende aus, ist im Verhältnis zu der Stärke und Macht der Männerorganisationen die Arbeiterinnenbewegung noch eine ärmliche Schwache. Nach der neuesten Gewerkschaftsstatistik liegt die Zahl der organisierten männlichen Arbeiter von 1 602 600 im Jahre 1892 auf 1 905 000 im Jahre 1900; die Zunahme betrug 27 Proz. Die Zahl der organisierten weiblichen Arbeiter stieg von 99 650 im Jahre 1892 auf 122 047 im Jahre 1900; hier betrug die Zunahme 23 Proz. Das heißt also, auch in England wächst die Teilnahme an der Gewerkschaftsorganisation unter den Frauen in geringerem Maße als unter den Männern. Wo liegen die Ursachen dieser Erscheinung? Ordnet man die einzelnen Gewerbe nach solchen, in denen die weibliche Arbeiterschaft über 1 Proz. der männlichen, und solchen, in denen sie unter 1 Proz. beträgt, und legt man zum Vergleich die englischen Volkzählungen von 1881 und 1891 zu Grunde, so ergibt sich, daß für diesen Zeitraum in den erstgenannten Gewerben die Zahl der Arbeiterinnen ab — in den letztgenannten zugenommen hat, d. h. bei genauerer Betrachtung

doch in den centralisierten, großen Gewerben die Frauenarbeit wächst, während sie in den verschiedenen getrennten Berufsarten wächst.

Wiß Clara Collett weist in ihrem Bericht an das Arbeitsamt im Jahre 1894 nach, daß die Frauenarbeit relativ steigt in Gewerben wie der Schneiderei, Pappmacherei und verwandten Berufen, sowie auch in der Gemütmittelherstellung, daß sie dagegen abgenommen habe in der Baumwoll-, Woll- und Seidenindustrie wie in der Landwirtschaft und im Diensthöfenberuf. Die eigentliche Großindustrie ist im Norden Englands konzentriert; hier herrschen die mächtigen, maßvoll betriebenen Fabriken vor, die infolge des starken Gebrauchs von Arbeitskräften auch die Frauen zur Fabrikarbeit heranzogen. Die hohen Löhne, die diese Industrien bieten konnten, bildeten auch für viele verheiratete Frauen ein erhöhtes Anziehungsmoment. So ist im Norden Englands die Arbeiterin beider Geschlechter verhältnismäßig gut gestellt, infolgedessen auch strebsam und relativ stark organisiert. Im Süden des Landes sind dagegen die kleinen, zerplitterten Industrien verbreitet mit starkem Ueberwiegen junger, unverheirateter Arbeiterinnen. Diese sind bekanntlich schon deshalb immer schwer zur Organisation zu bestimmen, weil sie ihre berufliche Tätigkeit mehr oder weniger nur als Uebergangsstadium zur Ehe zu betrachten pflegen. Tatsächlich ist jedenfalls auch heute noch — obgleich sich gerade in England nicht nur die Arbeiterin, sondern Männer und Frauen aller Gesellschaftsklassen seit längerer Zeit bemüht haben, die Arbeiterinnen zu organisieren — hauptsächlich ist auch heute noch der Prozentsatz der organisierten Arbeiterinnen einzig und allein in der Textilindustrie bedeutend; auch resümiert sich die Zunahme der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ganz vorwiegend aus diesem Beruf, und zwar zwingt hier der Druck der mit den Frauen gemeinsam arbeitenden Männer jene zur Organisation. Die Lage der Textilarbeiterinnen ist demzufolge eine recht günstige. Wie erklärt sich trotzdem der erwähnte Mangel an Arbeiterinnenzahl in der Textilindustrie? Es scheint, daß die Zunahme der Zahl der verheirateten Arbeiterinnen hier hauptsächlich in Betracht kommt. Vermutlich wirken verschiedene Ursachen zusammen, um diese Abnahme herbeizuführen. Vor allem steigen die Löhne der männlichen Arbeiter, so daß es ihnen möglich war, von ihrem Verdienst allein die Familie zu erhalten. Durch die neue Schulgesetzgebung hob sich ferner das Schulniveau, das Selbstbewußtsein der gesamten Arbeiterschaft; es wuchs damit zugleich der Sinn für geordnete Hausführung und ein besseres Familienleben. Gleichzeitig wurde die Aussicht der Mutter im Hause notwendiger, sobald die Kinderkranke Gesetzgebung die Kinder unter einer bestimmten Altersgrenze von der Fabrik ausschloß. Ueberhaupt kam man sich kaum darüber täuschen, daß das allgemeine Verbot der Kinderarbeit, auf das wir ja alle hinstreben müssen, der Tendenz zur Auflösung unserer heutigen Familienform wieder entgegenwirkt, einer Tendenz, die noch Marx und Engels als eine der Folge-Ergebnisse moderner industrieller Entwicklung ansehen mußten. Mag insofern immerhin die Zahl der verheirateten Fabrikarbeiterinnen zurückgehen, die Organisierung der Frauen wird da, wo sie einmal kräftig eingeleitet hat, auch immer weiter erstarken. Auch dürfen wir von dem Einfluß verschiedener anderer Momente eine weitere Hebung der weiblichen Arbeiterschaft erwarten. So wirken dahin die Entwicklung eines regen Genossenschaftslebens, der weitere Ausbau der Arbeiterinnenvereine-Gesetze und endlich auch die allgemeine Hebung der staatsbürgerlichen Stellung des Weibes. So, wie in England, die Frauen bereits zahlreich als Beamtinnen in die Armeen behörden, in die Sanitätskommissionen (die dort die Hausindustrie zu überwachen haben), in die Verwaltung der Genossenschaften usw. eindringen, da gewinnen sie nicht nur selbständige Einwirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung nach ganz bestimmten Richtungen hin, sondern es verläßt sich auch die gesamte Schätzung und der Einfluß des weiblichen Geschlechts im öffentlichen Leben überhaupt. Dagegen müssen wir uns zu hüten trachten vor den schädlichen Folgen des Specialismus, an dem die englische Arbeiterbewegung krankt. Sämtliche Faktoren, die zu einer socialen Hebung der weiblichen Arbeiterschaft führen können, sollten gleich hoch gewertet und gleichmäßig in Betracht gezogen werden.

Nachdem der Referent die anwesenden Frauen nochmals lebhaft auf den Wert der Organisation hingewiesen hatte, schloß er seine interessanten Ausführungen.

Au den Vortrag, der ja die verschiedensten tiefgehenden Probleme in Bezug auf die Frauenarbeit aufrollte, schloß sich eine Diskussion, in welcher die Ausführungen des Redners teilweise angegriffen wurden.

Indessen muß es einer späteren, gründlicheren Diskussion vorbehalten bleiben, auf die von Bernstein aufgeworfenen Fragen nochmals eingehend zurückzukommen.

Gerichts-Beitrag.

Der Hallenbau im Zoologischen Garten mußte gestern vor der 18. Kammer für Handelsachen des Landgerichts I eine Nachprüfung bestehen. Professor Markwald hatte den Beschluß der Generalversammlung der Aktionäre angefochten und erzielte ein obliegendes Urteil. Somit wird sich die Generalversammlung noch einmal mit der Angelegenheit beschäftigen müssen.

Leipziger Bankprozeß. In der heutigen Verhandlung kommt ein Brief Schmidts an Egner vom 8. April 1900 zur Verlesung, wonach in Bezug auf die italienische Gesellschaft sich die Treberg-Gesellschaft verpflichtet will, innerhalb Jahresfrist einen soliden Käufer anzugeben. Egner bemerkt, daß das Geschäft abgelehnt wurde. Der Vorsitzende sagt hinzu, man werde das hören, wenn Schmidt hierher komme. Die Sachverständigen Plauth, Siedling und Lambert äußern sich ausführlich über die Unzulässigkeit zahlreicher von der Leipziger Bank vorgenommener Verportgeschäfte. Die weitere Verhandlung betrifft die Geschäfte der Bank mit der russischen Treberg-Gesellschaft in St. Petersburg, der Cassaner Tochtergesellschaft, mit den in Weiskwasser und Vostokla und der Stellung einer Hypothek in Krappitz.

Man hat, wie der Vorsitzende zu diesen Geschäften bemerkt, immer nur Sicherheit haben wollen. Was das für Sicherheiten waren, das war ganz gleich. Es kommt das Geschäft mit der Bankabteilung der Berliner Finanz- und Handelszeitung zur Sprache. Es wird nachgewiesen, daß die Finanzzeitung eine Provision von 392 500 M. die ihr aufgeschrieben wurde, erhalten und auf eine Transaktion von 2 000 000 M. nur 267 500 M. bezahlt hat. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wird eine Reihe von Briefen aus dem April 1900 verlesen. Die Bank befragt sich bei der Treberg-Gesellschaft wegen der fortwährenden Hypotheken über größere Beträge, ohne daß dieselben Ausstattungen machte. Schmidt schreibt, er sei ängstlich bemüht, eine Steigerung des Contos bei der Bank zu vermeiden. Geschäft wird betragt, ob er es rechtlich für zulässig gehalten habe, daß die Entschreibung von Erneuerungswechseln schon erfolgte, bevor die ursprünglichen Wechsel der Treberg-Gesellschaft fällig waren, daß also die Erneuerungswechsel einen neuen Kreditposten bildeten. Er erklärt, daß er dabei nichts zutun konnte.

Am 23. Mai 1900 sendet Schmidt an Egner eine Specialbilanz der Treberg-Gesellschaft und schreibt, daß die Treberg-Gesellschaft mindestens eine Dividende von 25 Proz. anschütten will, eine weitere Reducierung würde die Position der Gesellschaft sehr verschlechtern. Wenn man den Kopf noch ein halbes Jahr oben behalte, erreiche man alles. Wie der Vorsitzende anspricht, sind Egner und Dr. Genzsch in alle Pläne, der Kasseler Gesellschaft eingeweiht gewesen.

Eine Auflage, die ursprünglich auf veräußerte Tötung lautete, wurde gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I zum Abschluß gebracht, nachdem der Schuldige, Restler Hans Klaholz 14 Monate lang in Untersuchungshaft gewesen war. Der Angeklagte hatte im Frühjahr 1891 mit der unverheirateten Bertha Tschewski ein Liebesverhältnis unterhalten, welches nach der Angabe des Angeklagten mit einer Heirat abschließen sollte. Er kam zwischen dem Paare aber

zu einem Zerwürfnis, da der höchst leidenschaftliche und eifersüchtige Angeklagte seine Braut im Verdacht der Untreue hatte. Einige Tage, nachdem sie sich getrennt hatten, lauerte der Angeklagte seiner Braut auf und traf sie am Nachmittag des 28. Mai in der Bülowstraße. Nach kurzem Wortwechsel und da die Trachetose auf ihrer Weigerung beharrte, feuerte der Angeklagte aus einer Entfernung von zwei Schritten einen Schuß auf sie ab. Der Schuß verurteilte nur einen leichten Anstoß und die Trachetose blieb unverletzt. Es zeigte sich, daß der Revolver zwar geladen, die Angel aber infolge einer mangelhaften Konstruktion der Schußwaffe im Laufe stehen geblieben war. Der Angeklagte nannte sich bei seiner Verhaftung Hans v. Reulich und verweigerte sonst alle Angaben über seine Persönlichkeit. Das ganze renommistische Verhalten des Angeklagten vor Gericht erregte schließlich den Verdacht, daß man es mit einem geistig nicht gesunden Menschen zu thun habe und es wurde beschlossen, ihn nach dieser Richtung hin untersuchen zu lassen. Die die medizinischen Sachverständigen im geistigen Termin begutachteten, ist der Angeklagte inhaltlich in geistiger Beziehung minderwertig, er leidet an einer Einbildungskraft, die an Größenwahn grenzt. Indessen könnte man ihn die Zurechnungsfähigkeit und die Verantwortlichkeit für seine Handlungen nicht absprechen. Sodann konnte festgestellt werden, daß der Angeklagte Hans v. Reulich heißt. Der Angeklagte hielt es jetzt für gut, dies einzugehen. Zur Sache selbst bekennt er entschieden, daß er auf das Mädchen gezielt habe, er wollte ihr nur einen Schreck einjagen und der Schuß würde sicher vorbeigegangen sein.

Der Gerichtshof kam auf Grund der Verweigerung der Aussage zu der Ansicht, daß nur Bedrohung und verführte Körtigung vorliege und verurteilte ihn hierfür zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten, welche durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Ein Inhold, der monatelang der Schreden der Arbeiterinnen war, welche in den königlichen Konfervenfabriken in Havelhorst beschäftigt waren, erhielt gestern durch Urteil des Schwurgerichts des Landgerichts II eine schwere Strafe. Der Angeklagte war dem Schmied Johann Bodemar, ein verblühter Mensch. Schon im September v. J. stand Bodemar unter der Anklage der Rotzucht vor Gericht, es wurde aber nur Verlesigung des von ihm überfallenen Mädchens angenommen und kam der Angeklagte damals mit einer Gefängnisstrafe von vier Wochen davon. In diesem Frühjahr wiederholten sich die Überfälle gegen Frauen und Mädchen, welche von der Arbeitstätte kommend, durch den Wald gingen. Sie wurden von einem Manne, welcher der Beschreibung nach fast eine und dieselbe Person sein mußte, vergrawaltigt und einige auch ihrer Wertsache beraubt. Als es endlich dem zu Havelhorst stationierten Gendarm gelang, den Inhold dingfest zu machen, fühlten sich die Arbeiterinnen wie von einem Alp befreit. Bodemar stand gestern unter der Anklage der wiederholten

Rotzucht und des Straßenranbes vor dem Schwurgericht. In der Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurde, traten zwölf weibliche Zeugen gegen Bodemar auf. Der Staatsanwalt beantragte gegen den rohen Burchen eine Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte auf zehn Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Tanzvergütungen geschlossener Gesellschaften und Polizeiverordnungen. Die Regierungs-Polizeiverordnungen, welche für öffentliche Tanzvergütungen eine polizeiliche Genehmigung erfordern, enthalten durchweg eine Bestimmung, die von den Gastwirten verlangt, sie sollten der Polizei rechtzeitig von jedem Tanzvergütungen geschlossener Gesellschaften, das bei ihnen stattfindet, Anzeige machen. Diese letztere Vorschrift ist jetzt vom Kammergericht in Sachen des Gastwirthes Jürgens für rechtswidrig erklärt worden. Begründend wurde angeführt: Allerdings gehöre zu den Gegenständen polizeilicher Regelung nach § 8 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes das öffentliche Interesse in Bezug auf die Aufnahme und Beherbergung von Fremden, sowie in Bezug auf die Wein-, Bier- und Kaffeewirtschaften und sonstige Einrichtungen zur Verabreichung von Speisen und Getränken. Die Ueberlassung eines Raumes eines öffentlichen Lokals an Private und geschlossene Gesellschaften (Vereine etc.) zur Abhaltung eines Tanzvergütungen habe damit nichts zu thun. Der einer solchen Gesellschaft überlassene Raum eines öffentlichen Lokals scheidet für die Zeit, wo ihn die Gesellschaft für sich habe, aus dem öffentlichen Wirtschaftsbetriebe aus, wäre so lange ein privater Raum. Da nun die Polizei ihre Einwirkung auf den öffentlichen Verkehr, die öffentliche Sicherheit, die öffentliche Ordnung zu beschränken habe, so seien polizeiliche Vorschriften rechtswidrig, die die Abgabe eines in einem öffentlichen Lokal stattfindenden nichtöffentlichen Tanzvergütungen verlangen. Eine nichtöffentliche Tanzvergütungen in einem sonst öffentlichen Lokal bedürfe weder einer polizeilichen Genehmigung noch einer Anzeige durch den Wirt.

Der Hoflieferant-Patriotismus ist dieser Tage durch das Urteil eines bürgerlichen Gerichts sehr verständnisvoll gewürdigt worden. Uns wird darüber berichtet: Ein Vertzug im Sinne des Gesetzes ist nach einer Entscheidung des Schöffengerichts in D a m b e r g die Arbeitschürze. Ein dortiger Dampfwaaserei-Besitzer, der Hoflieferant ist, erwartete den Besuch seines Etablissementes durch den Prinzen Rupprecht, und für diese Gelegenheit wurde alles auf das feinste hergerichtet, damit das prinzipale Auge sich durch nichts beleidigt fühlte. Die Arbeiterinnen wurden mit funkelneuen weißen Schürzen ausgestattet und die schmutzigen Wäscherinnen sollen dem Prinzen sehr gefallen haben. Die Repräsentationschürzen hatten aber Geld gekostet und es widerstrebte dem Herrn Hoflieferanten, die Kosten aus der eigenen Tasche

zu bestreiten, deshalb zog er kurz entschlossen seinen Arbeiterinnen 3,50 Mark pro Schürze vom Lohne ab. Da nach der Gewerbeordnung der Unternehmer nur Verzug zum Selbstkostenpreis an die Arbeiter abgeben darf, kam die Sache zur Anzeige. Das Gericht sprach jedoch den Mann frei, da die Schürze als ein „Verzug im Sinne des Gesetzes“ zu betrachten sei.

Vermishtes.

Die Leiche des Kommandanten des untergegangenen Torpedobootes S. 42, Kapitänleutnant Rosenstod v. Rhönd, ist am Dienstagabend bei Osterriff treibend gesehen worden. Das Stationsboot „Sirius“ ist sofort ausgegangen, um nach der Leiche, die außerhalb des Fahrwassers trieb, zu suchen.

Eisenbahnunfall. Auf Bombah wird gemeldet: Am Montag wurde in der Nähe von Rampus-Gat ein Eisenbahnzug durch einen Wiederschwunz umgeworfen. 13 Personen wurden getötet, 15, darunter eine europäische Dame, erlitten Verletzungen.

Ein Todesfall an Pest wird aus Konstantinopel berichtet. Die Sanitätsbehörde hat geeignete Vorkehrungen getroffen.

Briefkasten der Redaktion.

Herr Engel wird ersucht, in seiner Angelegenheit, Volks-Krankenkasse betreffend, Freitagabend in die juristische Rechtsabteilung zu kommen.

Kohl. Das Bierundwanzigstündigen-Rennen auf der Rennbahn Hakenlee war am Donnerstag, 8. September 1898, abends 8 Uhr zu Ende. Sieger war der Franzose Duret, der 829,2 Kilometer zurücklegte, ihm kam am nächsten The-Racelle mit 783,4 Kilometer.

G. R. Uns ist nicht bekannt, daß in Berlin ein Institut besteht, welches für Transvaal Schloffer und Sägmühle einsteht.

Witterungsbericht vom 2. Juli 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Bayreuth	755	W	4	wolkig	15	Waparanda	749	W	4	5/8 bed.	11
Darmstadt	758	W	4	wolkig	12	Petersburg	750	W	3	bedeckt	15
Hamburg	758	W	3	bedeckt	14	Cort	708	W	2	bedeckt	14
Frankf./M.	760	W	2	wolkig	18	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	762	W	4	bedeckt	14	Paris	764	W	2	bedeckt	15
Wien	758	W	2	bedeckt	19						

Weiter-Propgnose für Donnerstag, den 3. Juli 1902. Nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer, vielach heiter, aber noch öfters mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 3. Juli.
Süddeutsches Theater (Arols).
Der Bettelstudent. Anf. 7 1/2 Uhr.
Im Hofspielhaus: Offenbach's Lustige Weiberkammer. — Dorothea. — Die Dama mit dem Hund. Anf. 8 Uhr.
Deutsches Theater. Der arme Jonathan. Anf. 7 1/2 Uhr.
Metropol. (Moritz Oper.) Ein Madchen soll. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Ledige Leute. Anf. 7 1/2 Uhr.
Central. Tolle Mithbürger. Anf. 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anf. 8 Uhr.
Carl Weiss. Die Viper. Anf. 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Bühne. Der Herrische. Anf. 7 1/2 Uhr.
G. v. Wolzogen's Neues Theater (Nebenbühne). Anf. 8 Uhr.
Apollo. Völligste Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anf. 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Central-Theater.
Heute, den 3. Juli, Anf. 8 Uhr.
Am 7. Juli: Rote.

Colle Mithbürger
Gesangsprobe in 4 Akte v. A. Schmalow.
Wirt von Kurt Weidmann.
Wochen- und folgende Tage: Tolle Mithbürger.

Carl Weiss-Theater.
Große Franzosierstr. 132.
Abends 8 Uhr:

Die Viper.
Sensational-Schauspiel in 7 Akten.
Morgen: Gefallene Mädchen.
Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 7 1/2 Uhr.
In Vorbereitung: Der Dämon.

Apollo-Theater
und Konzert-Garten.
Um 7 Uhr: Garten-Konzert.
Um 8 Uhr: Neue grossartige Spezialitäten.
Um 9 Uhr: Der Schläger der Saison:

Lysistrata
Ausstattungsoperette von Paul Lincke.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr: Moritz-Oper.
Verdi-Cyklus III: Ein Maskenball.
Freitag: Francesca Provost. Der Barbier von Sevilla. Sonnabend, zum vorletztenmale: Carmen.
Sonntag: Francesca Provost. Traviata.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:

Die deutsche Ostseeküste.

Passage-Theater.
Das glänzende Juli-Programm.
Willy Prager.
(Prolongiert!)
16 neue erstkl. Nummern.

Passage-Panoptikum.
Holt's Pariser
Marionetten-Theater.
Der Affenweib.
Seejungfer. Tigerknabe.

CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 165.
Photographische Aufnahmen von der Insel
Martinique
und von den Schlachtfeldern
Transvaals.
Im Konzertsaal:
Schwedische Künstlerkapelle
4 Damen, 2 Herren.

GOLODISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr nachmittags:
Militär-Doppel-Konzert.
Gastspiel der Kapellen des I. u. II. Leib-Husaren-Regiments (Totenkopf-Brigade).
Entree 1 Mark
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder die Hälfte.

Belle-Alliance-Theater.
Bei glänzender Witterung auf der Gartenbühne.
Am 18. Juli:
„Die Dame aus Trouville“.
Hierauf: Gr. Anf. 8 Uhr.
Von 6 Uhr ab: Garten-Konzert.
Illumination. — Freitag: Diefelbe Vorstellung. Garten-Konzert.
Sonnabend: Sonnabend: Fratzenhafte Nacht.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Ruderadorstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Schweizer Garten
Am Königsthor 42039
Am Friedrichshain
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
Um 10 Uhr: Banditenfreude.
Operette in 1 Akt von Suppé.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.
Sonnabend, den 5. Juli 1902:

20. Stiftungs-Fest
in den Gesamträumen des **M. Klie m s c h e n E t a b l i s s e m e n t s**
Hafenheide 13—15.
Scheidend in

Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
In den 3 Sälen: Tanz.
Lebendes Bild: „Die Huldigung der Arbeit.“
Festrede, gehalten vom Vorsitzenden **J. Gehl.**
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. — Jeder Besucher erhält an der Kontrolle ein Programm und jedes Kind eine Zuckertorte und Mähe gratis.
Anfang des Konzerts nachmittags 4 Uhr, der Vorstellung um 6 Uhr.
Herren-Billet 50 Pf.
NB. Bei schlechtem Wetter verdeckter Garten.
Das Kassieren der Hilfskassierer fällt am 5. Juli aus.

Allerlei-Theater
Frühels
früher Pohlmann
Schönhauser Allee No. 148.
Heute, Donnerstag, den 3. Juli 1902:
Neue Specialitäten!!
Der phänomenale Verwandlungs-Rünstler und Komponist-Darsteller Carl Braun mit seiner Witze-Komödie
„Endlich allein“.
Berliner bester Komiker Hugo Schulz.
Vulkanstra Teufelsaakt. — Oras. — Orleans. — Ben Arand.

Gr. Sommernachtsball.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Prater-Theater
Kassanien - Allee 7-9.
Täglich:
Durch fremde Schuld.
Hochstehend mit Orchester in 3 Akten.
Balltänze, Cantril, Costume-Bouffette
Paula Grigatti. Prolog: Komiker
Senor u. Borad. Miss Kitty, Sport-ist. Barsklow-Truppe, Barriere-Krieger. Mr. Bartling, led. Photographen. Bartlings elektrische Feerie. (3000 Glühbirnen) Konzert Anfang 4 Uhr. Entritt 30 Pf., ununterbrochen 50 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11—1 1/2 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hafenheide 13—15.
Artistischer Leiter: Gust. Sock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!
Donnerstag: Elite-Tag.

W. Noacks Theater.
Friedrichstraße 16.
Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Rosen und Dornen.
Burdette mit Orchester u. Tanz in 2 Akten.
Im Saal: Tanzkränzchen.

Wintergarten.
Im Ausserst amüsant. Juli-Programm:
Otto Reutter.
„Das Mädchen mit dem gold. Haar“
und
16 andre brillante Spezialitäten.

Hasenheide 108/114. **„Neue Welt“** Dir. Arnold Scholz.
Heute, Donnerstag, den 3. Juli 1902:
Zur Erinnerung an die Schlacht bei Königgrätz:
Gr. Schlachten-Feuerwerk
vom Pyrotechniker Herrn Bock.

Grosses Militär-Konzert
verbunden mit Schlachten-Musik unter Mitwirkung eines Hornisten- und Tambour-Corps unter persönlicher Leitung des königl. Musikdirektors Herrn Bergler.
Auf der Sommerbühne: Auftreten der sensationellen **Juli-Specialitäten.**

Im Bal-champêtre-Saal: **Gr. Sommernachts-Ball.**
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Entritt 50 Pf.
Billet im Vorverkauf a 40 Pf. sind in den bekannten Handlungen zu haben.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei unglücklicher Witterung im Saal:
Hoffmanns Norddeutsche Sängerkundkonzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Solire: Tanzkränzchen.
Tanz frei!
Anfang Sonntags 5 Uhr, Entree 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags 6 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Sommertheater Marienbad
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Täglich:
Das erstklassige Spezialitäten- und Theater-Programm. Größter Erfolg! Punkt 10 Uhr: Schläger!
Berlin wies lebt und liebt.
Entree 20 Pf.
Sonntag: Ball.

Santa Lucia
En gros En detail
Rohtabak (42429)
Berlin NO.
Max Otto, Neue Königstr. 6. empfiehlt A. Sommer, N., Rosenstr. 3

Max Seckelsohn Marie Seckelsohn
geb. Janner
Vermählte.
Berlin C. Stralauerstr. 3/6.
Berliner **Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Berein für Frauen und Mädchen.**
Am 21. Juni starb das langjährige Mitglied **Frau Anna Seidel**
geb. Gerocke 60/4
im 35. Lebensjahre an Lungenerkrankung.
Obre ihrem Andenken:
Der Vorstand.
F. A. K. Müller, Waldemarstr. 43.

Brillen und Pincenez
fachgemäß angepasst u. vorzüglich sitzend, findet man in jeder Ausführung in dem Institut für Präzisions-Optik von **Ernst Riok, Inh. C. Buttendorf, BERLIN N., Weinbergweg 15b,** zweites Gesch. v. Rosenth. Thor.
Reise- u. Theatergläser v. 4,50 a.

Gelegenheitskauf! Bunte Mocquettplüsch
u. abgepasste Satteltaschen, einfarbige Plüsch u. Möbelstoffe selten billig!
Muster bei näherer Angabe franco.
Emil Lefevre, Berlin S., 158.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1, 4-7.

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

Krafft-Rothwein
für Blutarmer u. Kranke
kurzlich empfohlen.
F. 150
u. 250
Überall zu haben

feurig-süßes
Santa Lucia

II. Wahlkreis. Partei-Versammlung

Freitag, den 4. Juli, abends 8 Uhr,
im großen Saale der Bod-Bräuerei am Tempelhofer Berg.
Tages-Ordnung: 1. Vortag des Genossen Ströbel. 2. Diskussion. 3. Die Er-
richtung einer Partei-Expedition für den II. Wahlkreis.
Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Freitag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 35:
Große Mitglieder-Versammlung
der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins u. Umg.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Verbands der Baugeschäfte
und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion.
Jeder Streitende ist verpflichtet, seine Streitfrage am Eingange des
Saales vorzulegen, widrigenfalls er kein Streitgeld verlustig geht.
31/2 Die Lokalkommission. J. H. P. Horgel.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5, Telefon Amt 7 Nr. 353.
Freitag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal I:
Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung
mit sämtlichen Bezirksleitungen
und Branchen-Agitationskommissionen.
Den Mitgliedern der Ortsverwaltung ist eine Vorlage zum statutarischen
Fragebogen zugegangen. Die Kollegen wollen die Fragen durchsehen und
am Freitag etwaige Remittas vortragen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Parkettbodenleger!

In der letzten Vertrauensmänner-Versammlung wurde die Kommission
um drei Kollegen vergrößert: Vogel, Glöck und Walther. Die Kollegen werden
ersucht, ein Kommissionsmitglied bei Vertretungsfunktionen zu Rate zu ziehen.
Sollte ein Kommissionsmitglied gebraucht werden, dann bitte mich sofort in
Kenntnis zu setzen.
Der Obmann Karl Kraft, Potsdamerstr. 32d.

„Wanzenfeind in der Flasche“ Preis 50 Pf., 1,00, 1,50. Unfehlbar sicher	„Mottenfeind im Beutel“ nur 5 Pf.	„Schwabenfeind im Streu-Turm“ 25 Pf., 50 Pf., 1,00 Gesetzlich geschützt!
------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------

Allein-Verkauf: **Th. Schmiedel**
Fabrikant Fernspr.: Amt 7a, 6331. (beim Alexanderpl.)
Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!

Fruchtweine:

Apfelwein a Fl. 0,25 M. u. 0,30 M.
Johannisbeerwein, süß, 0,65 „
Stachelbeerwein, kräftig, 0,65 „
Heidelbeerwein, süß und herb, 0,65 „
Kirschwein, süß, 0,65 „
Brombeerwein, süß, 0,75 „
exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet
und zurückgenommen wird.
Die Fruchtweine sind erster Qualität.
Zu haben auch in unseren ca. 300 Niederlagen.
Hermann Meyer & Co., Wattstr. 11/12.
Fernsprecher Amt III No. 3524. 4466L



J. Selbiger *Wühnwurmfresser*
Landsbergerstr. 40 Ecke Lehmannstr.

Diese Woche für die Reise extra billige Preise.

Herrenstiefel in schwarz und farbig, Zug-, Schnür-, Schaft- und Schnallenstiefel, gut und dauerhaft.
4,90, 5,40, 6,30, 7,20 Mark usw.

Damenstiefel zum Schnüren und Knöpfen in schwarz, braun und oxblut, von den einfachsten bis zu den elegantesten mit Louis-quinze-Absätzen.
4,85, 4,90, 5,85, 5,90, 6, 7,50 Mk. usw.

Kinderstiefel zum Schnüren und Knöpfen in allen modernen Farben, in allen Preisen.

Buckow (Märkische Schweiz).
Das einzige Lokal, welches der Arbeiterschaft von Buckow zur Verfügung
steht, ist das Schweizerhaus von Herrn H. Reusch. Wir bitten
die Arbeitervereine, welche einen Ausflug nach Buckow machen, unser Lokal
zu beachten.
H. Reusch, Rittstr. 123.

Für Vereine.
Im Juli, August habe meinen
Saal und Garten zur Veranstaltung
von Sommerfesten und frei.
Franz Ch. Theel.
Große Frankfurterstr. 85.

Alle Wanzen
herden sofort nach Best. durch meinen
Wanzenod, in Fl. 0,50, 1 Pf.,
Schwaben, Kuffen, Froschsen etc.
werden durch mein Pulver vollständig
vernichtet. Schl. 0,30, 0,60, 1 Pf.
Babische Anzeigen. [45089]

Carl Stier

Berlin SO., Oranienstr. 166.
Potsdam, Nauenerstr. 23.

Zur Sommer-Saison empfehle ich:

Jackett-Anzüge
in allen modernen Stoffarten und Farben 15, 17,50, 20,
22,50, 25, 30, 35, 40, 45, 50 und 55 Mark.

Havelocks
in wetterfestem Loden, mit voller, vorn abgefütterter Pelerrine,
8,50, 10,50, 12, 15, 18, 20, 25, 30 und 35 Mark.

Radfahrer-Anzüge
in Jackett- oder Falten-Joppen-Form 15, 17,50, 20, 25
und 30 Mark.
2,50, 3, 4,50, 6, 7,50, 9 und 12 Mark.

Wash-Joppen
in grünlich, bräunlich oder grau meliert, 1,25, 1,75, 3, 3,75,
4,25, 5, 6, und 6,50 Mark.

Leichte Sommer-Jacketts
von Alpaca, Panama, Diagonal, Mohair-Cord od. Cachemir.
Schwarz mit Aermelfutter 3, 3,50, 4, 5,25, und 6 Mark.
Schwarz, ganz gefüttert 6,50, 7,50, 8, 9, 10,50 u. 12 Mark.
Farbig mit Aermelfutter 5,25, 6, 7,50, 8 und 9 Mark.
Farbig ganz gefüttert 7, 8, 8,50 und 9 Mark.

Wash-Hosen
für Herren und Knaben in grösster Auswahl.

Knaben-Turn- und Schul-Anzüge
(Washstoffe)
in Jacken- oder Joppen-Form von 2,50 bis 14 Mark.

Knaben-Blusen-Wash-Anzüge
in prachtvoller Ausführung von 1,75 bis 12,50 Mark.

Streng feste Preise - Reelle Bedienung.

Geschäfts-Gründung!
Sonnabend, den 5. Juli, nachmittags 5 Uhr
eröffne
112 Frankfurter Allee 112
ein
Special-Geschäft
für
emailierte Geschirre,
Küchengeräte, Glas und Porzellan.
Enorm billige, feste Preise!
Jeder Käufer erhält am Eröffnungstage ein Präsent!
Felix Scholz.

Freih Preuß
74a Belle-Alliancestrasse 74a, Ecke
Bergmannstrasse, empfiehlt Freunden
und Bekannten sein **Weiss- und
Bayrisch-Bierlokal** nach
Bereitstellung für 50 Personen.

**Sommer-Theater
Marienbad.**
Gabe im Juli und August noch einige
Sonnabende frei und möchte meine
Räumlichkeiten mit Garten für die
Vereine beiseite empfehlen. Constanze
Bedingungen angehängt. [45011]

Dr. Simmel, Prinsstr. 41.
Spezialarzt für 25/17*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Gardinenhand Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 437*

Spottbillig Teppiche, Betten,
Stoppdecken, Gardinen, Regulatoren,
Kopfkissen, Leinwand, Kissen, etc.
Königsplatz 6, Teilzahlungen gestattet.

Teppiche mit Gardinen, etc.
Königsplatz 6, parterre. 437*

Teppiche! (fehlerrichtig) in allen
Größen für die Halle des Hauses in
Teppichlager Brunn, Godesberger Markt 4,
Bahnhofstraße 111/7*

Verfallene Pländer: Uhren,
Ringe, Ketten, Regulatoren, spott-
billig Plandische Alexanderstraße 73.

Rahmen Pländer: Uhren,
Ringe, Ketten, Regulatoren, spott-
billig Plandische Alexanderstraße 73.

Stoppdecken billig! Habrit Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Polstermöbel für Tischler, Pland
40 Pf., verkauft Godesberger Markt
Königsplatz 6, parterre. 437*

Gasofenhaus! Einloch, Gas-
gasocher! 1,00. Dreifachgasocher!
8,00. Gasplättchen! Gasbrenner!
Gasstrahlen! 8,00. Billig! Holzofen,
Kamin, etc. Godesberger Markt 32.
481b

Mandoline, hochst. italienischer
Instrument, 27 Mark. Uefern, Bremer-
straße 42, Hof parterre. 794*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge
und Sommerpaletots aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag. Verfallend
Germania, Unter den Linden 21, II.

Verfallene Pländer, goldene
Uhren, Ringe und andre Schmuck-
gegenstände jeder Art, sauber und schön,
werden spottbillig verkauft. Uefern
Gold und Silber wird gekauft und
in Zahlung genommen in der Pland-
ische Brunnstraße 28, I, Ecke Ritter-
straße. 6056

Rahmmaschinen ohne Ausnutzung,
Woche 1,00, gebrauchte, tadello,
räumungsfähig spottbillig. Köpfer-
straße 60/61, Landdörgerstraße 82.

Materialwaren - Grünfram-
gehalt billig verkauft bei Hagen,
Königsplatz 20, Restaurant. 71*

Zeisengeschäft verlässt, Hof-
straße 2. 6096*

Vereinparzelle, Quadratrute
7 Mark verkauft Hausverwaltung
Brunnenstraße 151. 6126*

Reparation sofort billig ver-
füglich umhändehaber. Näheres
Stralauer-Allee 34, Böttcherstr. *

Vorjährige elegante Herrenhofen
aus feinsten Stoffen 4-10 Mark.
Verkauft täglich Turmstraße 85, Her-
mann Schlegler. 1182*

Führer der Reichshaus, Neue Schön-
hauserstraße 11, bietet Häderhäuser
durch Auswahl, Billigkeit, Solidität
hochwertige Eleganz beim
Führerwerb. Rahmenden Saison-
schlusses wegen Preis außer herab-
gesetzt. Jedwede bessere deutsche
Führerwerke vertreten. Bergisch
mit Konkreten erwünscht. 1195*

Weiße Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
etwas billiger. Godesberger Markt
Königsplatz 25A, früher Barnim-
straße 4 und 5, Sonntag ge-
öffnet. 1197*

Vororterrain, ganze Stra-
ßenfront, verkauft bei 2-3000 Anzählung
die Hausverwaltung Brunnen-
straße 151. 6116

Zwei Mast Bierstößel, 300. Auf-
stellungen, sowie elegante Kie-
schmücker spottbillig. Wälschstraße 21, Käse-
Salomonstraße, Stadtbahn 21, Käse-
Salomonstraße. 70/8

Gonwald, Bauhütte, Barock,
1/2 Stunde vom Bahnhof, 1/2 Morgen
vom Bader geerbt, verkauft für jeden
Preis, aber Kaffe, Grix, Charlotten-
burg, Wilmersdorferstraße 125. *

Sofa, Kinderstühle mit Matrize,
billig zu verkaufen. In erfragen
Heilmann, Buchgeschäft, Godesberger
Markt 53. 6345*

Vorortgeschäft wegen kleiner
Bauung verlässt. Dudenstraße
45. 771*

Zimmer noch 6-8 Mark die Rute,
Baukosten 70-80 Mark, guter Boden,
10 Minuten vom Bahnhof, Joch,
Jernstraß bei Verkau. 6336

Ringstücken 20,00, unter
Garantie gummiend. Reanderstraße 7.

Ableitungsgerichte billig verlässt,
Königsplatz 128, Kleidergeschäft.

Grünfrangeschäft zu verkaufen
Tresowstraße 54, Kleiderstr. 761

Unfall Schaden, Regen, Eingaben,
Reklamationen. Puffer, Steglitzer-
straße 65. 25426*

Reklamation! Wer sich über die
mangelhafte Ausführung seiner Arbeit
unterrichten will, verlange die Flug-
blätter des Weltbundes gegen Re-
klamation, welche unentgeltlich versendet
werden vom Verein für Reklama-
tion, Königsplatz 108. Um
nützigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Vereinigung, Vier, alle Jato-
straße 119. 1188K*

Kunsthoferei von Frau Koloditz,
Bismarckstraße 48, Quergebäude hoch-
parterre.

Vereinigung mit Piano em-
pfehlend Conrad, Luisen-Weg 51. *

Rechtsbureau Habich, Andreas-
straße Dreilindenstraße, Rechts-
Eingabengeld, Materielung. 1686*

Metallbruch aller Art laut
Vorderstr. 23, Hof. 71*

Rechtsbureau, Telowertstraße 45,
Eingaben, Gesuche, Materielung. Un-
benutzten unentgeltlich. 1185K*

Vereinigung, großer, frei
Eingabengeld 23, Hof. 1210K*

Frauenhaare, auch ausgekammte,
laut Winterfeldt, Godesberger Markt 121.

Alter Gesangsverein laut Mit-
glieder Übungsstunde Donnerstags,
Rahmstraße 80. 71

Vereinigung, 2, zu vergeben,
Bismarckstraße 43. 6426

Schraubstock, schmiedeeiserner, nicht
zu groß, gesund, Uebern polierend
unter H. N., Schöneberg, Postamt
Königsplatz. 6366

Rechtsbureau, Projektions-
Eingabengeld, Materielung, Hof,
Brunnenstraße vierzig. 6406

Vermietungen.

Geschäftskeller mit Wohnung, seit
15 Jahren sehr kottos Grünfram-
geschäft, auch zu andern Geschäften
passend, zu vermieten Kaufstraße 33
beim Wirt. 5996*

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle für zwei
Herren zu vermieten Hofstraße 54,
Hof III, Witwe Kofenthal.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlrechner bietet um
Arbeit. Stühle werden zu den
billigsten Preisen geflochten, werden
abgeholt und unentgeltlich zurück-
geliefert. Adresse: Wladstraße 27,
H. Müller.

Buchdrucker, Invalide, 35, Schrift-
gemacht, guter Rechner, sucht Be-
schäftigung bei bestehenden An-
sprüchen. Walter, Fischerstraße 12.

Junger Buchbinder, der selbständig
arbeiten kann, sucht Stellung.
K., Postamt 20. 6436*

Stellenangebote.

Lehrling unter günstigen Bedin-
gungen verlangt Klempner Stra-
auerstraße 12. 5348

Goldbleich - Fournierer sucht
Bartfeld, Michaelisstraße 17.

Tüchtige Zimmermänner per sofort
gesucht. Biederstr., Margrafen-
straße 43-44. 6336

Im Arbeitsmarkt durch
bestehenden Druck hervorragende
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Klempner
auf Badewannen suchen 28/11*
Erich & Sohn, Leipzig,
Berlinerstraße 71.

Schlosser,
im Bau und Aufstellen von Gepäd-
elger-Wagen erfahren, finden dauernde
Stellung bei hohem Lohn. 101/15*
Offerten unter T. 5504 an Haasen-
stein & Vogler, A.-G., Chemnitz.

Sauberste Beerdner-Waerer,
aber nur solche, finden Beschäftigung
beim Bau der Leichenhalle, Waisen-
haus Kummelsburg.

Achtung! Holzarbeiter!
Geipert sind folgende Werkstätten:
Deuner, Wilmersdorferstr. 18/19.
H. Schulz, Köpenickerstr. 77.
Schweizer, Petersburgerstr. 33.
Emanuel, Wilmersdorferstr. 33.
83/0* Die Ortsverwaltung.

Achtung! Elektromonteur.
Wegen Rohdifferenzen ist die Firma
P. Hardegen, Engel-Ufer 5/6,
für Elektromonteur geperert.
Jung fernzubehalten. 65/5